

Bezugspreis:

Für den Monat Februar 2000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinlandgebiet sowie Österreich und Luxemburg 2500 M. für das übrige Ausland 4000 M. Postbezugspreis für die Länder n. d. Nordatlantischen Inseln an Belgien, Dänemark, England, Schland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonpareilzeile kostet 200 M. Reklamezeile 4000 M. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 250 M. (zulässig zwei festgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 150 M. Stellengruppe das erste Wort 150 M., jedes weitere Wort 100 M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Stelle 200 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 24. Februar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postcheckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Massenverhaftungen in Bochum.

Bochum, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Hier wurde am Freitagmorgen der gesamte Magistrat und die halbe Stadterordnetenversammlung ohne Angabe von Gründen verhaftet. Es liegt die Vermutung nahe, daß die Verhaftung wegen der Vorkommnisse am Donnerstag anlässlich der Befragung des Amtsgerichts erfolgte.

Bochum, 23. Februar. (Mit.) Gestern abend nach 8 Uhr wurden von Patrouillen in den Straßen 600 Personen festgenommen und nach Altenbochum gebracht, wo sie zum größten Teil heute noch festgehalten werden.

Ueber die Vorgänge am Donnerstag werden auf Grund eingehender Feststellungen folgende Mitteilungen gemacht: Vor ungefähr 14 Tagen wurden drei französische Soldaten durch Zivilpersonen angegriffen und schwer verwundet. Der General befahl daraufhin, daß sich der Täter melden solle. Es meldete sich ein Mann, der angab, einem französischen Soldaten in der Rotwehr einen Schlag ins Gesicht versetzt zu haben. Gestern erschienen Leuts und Infanterie vor dem Amtsgericht und vor dem Landgericht, um die Akten zu erhalten. Als die Herausgabe verweigert wurde, verhafteten sie den Oberstaatsanwalt Eitelberger, ferner den Gefängnisvorsteher Stückroth, den Hauptwachmeister Bied und den Strafanstaltssekretär Behmann. Außerdem nahmen sie sechs politische Gefangene mit, die verhaftet worden waren, weil sie im Verdacht standen, mit Franzosen im Bunde zu sein. Vor dem abgeperrten Gerichtsgebäude spielten sich dann die bekannten Vorgänge ab.

Der Reichspräsident hat an den Bürgermeister der Stadt Bochum folgendes Telegramm gerichtet:

Mit tiefem Mitleid habe ich von den erneuten Bluttaten französischer Truppenabteilungen gegen wehrlose und friedliche Menschen und den wiederholten Plünderungen und Mordthaten erfahren. Den Hinterbliebenen des Ermordeten und den Verletzten bitte ich meine herzlichste Teilnahme und die Zusicherung zu übermitteln, daß nach besten Kräften für sie, die das Opfer blinder Brutalität geworden sind, gesorgt wird.

Reichspräsident Ebert.

Was will Frankreich?

Zur Beurteilung der politischen Situation ist Klarheit über die Bestrebungen des offiziellen Frankreichs erste Vorbedingung. Zwar gibt es auch ein anderes Frankreich, das der Politik des „nationalen Blocks“ und seiner Regierungsmänner ablehnend gegenübersteht. Aber augenblicklich haben die Kreise um Millerand und Poincaré das Heft in der Hand. Ueber die Absichten dieser Kreise liegt eine Reihe wichtiger Kundgebungen vor. Auf der 25-Jahr-Feier des republikanischen Komitees für Handel, Industrie und Landwirtschaft hielt Millerand eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Die Ereignisse im Ruhrgebiet haben der ganzen Welt die Hintergedanken Deutschlands verraten. Frankreich, das sich frei wisse von jeder Absicht einer Eroberung oder Annexion, aber entschlossen sei, seine Sicherheiten und seine gerechten Wiedergutmachungsforderungen zu schützen, werde sich durch nichts von seinem Ziel abbringen lassen. Ebenso wie der Krieg von den Franzosen Opfer an Blut gefordert habe, so fordere das Ruhrunternehmen wirtschaftliche Opfer, die zur Aufrechterhaltung des französischen Kredites in der Welt notwendig sind. Wenn Deutschland sich der Illusion hingabe, daß die französische Fähigkeit, die in der Hölle von Verdun ungeschwächt blieb, jetzt den finanziellen Schwierigkeiten erliegen würde, so zeige es damit wieder einmal die Hinfälligkeit seiner Psychologie. Frankreich werde in voller Einigkeit im Frieden ebenso wie im Kriege solange ausharren, wie es notwendig sein werde.

Diese typische Durchhalterede des Präsidenten der Republik wird ergänzt durch folgende Kundgebungen: Auf dem gestrigen Bankett des amerikanischen Klubs in Paris erklärte der Vorsitzende der Reparationskommission Barthou:

Frankreich ist verwüstet und bedroht. Es hat Reparationen und Sicherheiten nötiger als Ruhm. Wo sind seine Garantien? Ich fordere die Alliierten auf, auf dem linken Rheinufer ein Regime einzurichten. Das ist keine Annexion, sondern eine dauernde Neutralisierung, die Frankreichs Verteidigung, Frieden und Arbeit sichere. Zwei Bündnisse wurden ihm angeboten, das eine dem anderen untergeordnet. Wo sind sie? Frankreich erhält weder was es braucht noch was ihm versprochen wurde.

An dem gleichen Tage sprach das Mitglied des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten Ferry bei einem Frühstück eines der großen Handels- und Industrieverbände, das unter dem Vorsitz des früheren Präsidenten der Reparationskommission Dubois stattfand, über die Lage im Saargebiet. Der Redner erklärte, laut dem vorliegenden WTB-Bericht, zum Schluß:

Das Parlament müsse schnellstens Gesetze über die Verwaltung der Dominiabergwerke und über die Errichtung der neuen Zöllbahnhöfe verabschieden. Der Augenblick sei günstig, um die Saarfrage zu lösen, da ja jetzt das Reparationsproblem in seiner Gesamtheit aufgeworfen sei.

Diese beiden Kundgebungen bestätigen die Vermutung, daß man sich in einflussreichen politischen Kreisen Frankreichs gegenwärtig mit der Absicht trägt, eine Revision des Versailler Friedens durchzuführen allerdings nicht in der Richtung, wie die Arbeiterklasse der ganzen Welt und mit ihr die einsichtigeren Elemente des Bürgertums sie will, sondern in der Richtung einer politischen Machterweiterung Frankreichs. In ähnlichem Sinne äußert sich auch der Pariser Berichterstatter der Londoner „Times“, der seinem Blatte folgendes drahtet:

Das wichtigste Ergebnis der französisch-belgischen Konferenz sei die teilweise Enthüllung des wahrscheinlichen Verfahrens Frankreichs zu der Zeit, wo der deutsche Widerstand endgültig niedergebrosen sein würde. Durch einen vollkommen „logischen Prozeß“ werde es klar, daß die Ruhroperationen, die, wie Frankreich behaupte, kraft des Versailler Vertrages unternommen werden, den Beginn von Verhandlungen bedeuten könnten, die zu einem neuen Verfahren führen könnten. Dieses neue Verfahren würde die Schäden des alten Vertrages revidieren. Wenn diese Bemerkungen gerechtfertigt seien, dann würde am Schluß der augenblicklichen Operation zwischen Frankreich und Deutschland mit Belgien und wahrscheinlich auch Italien als Mitunterzeichnern ein diplomatisches Instrument abgeschlossen werden, wodurch Frankreich das erhalte, was ihm in den früheren Verträgen vorenthalten worden sei. Der Berichterstatter erklärt, obgleich eine solche Möglichkeit von Anfang an ziemlich deutlich war, würde er als auswärtiger Beobachter nicht gewagt haben, eine solche fatale Lausache bezüglich der französischen Politik mitzuteilen, wenn nicht der Besuch des belgischen Premierministers Kuyssers in der französischen Presse ausgelöst hätte, die diese Ansicht unterstützten.

Das bemerkenswerteste an dieser Mitteilung ist, daß die offizielle französische Politik anscheinend das Ziel verfolgt, einen neuen „Versailler Vertrag“ unter Ausschaltung Englands zu erzwingen. Trifft diese Vermutung zu, so bedeutet das die Aufrichtung der Hegemonie Frankreichs auf dem Festlande, die die wirtschaftliche und politische Stellung Großbritanniens auf das äußerste gefährden und eine Neugruppierung der Mächte herbeiführen würde. Grund genug, daß diese Entwicklung insbesondere in England mit größter Beforgnis verfolgt wird.

Der englische Ratschlag an Deutschland.

Wir veröffentlichten in unserer Montagabendausgabe auf Grund eines Londoner Telegramms der „B. Z. am Mittag“ eine längere Information der Londoner Morgenblätter, die den englischen Standpunkt in der Frage der Ruhraktion wiedergab und eine Reihe von Wünschen hinsichtlich der Stellungnahme Deutschlands zur Reparationsfrage äußerte. Diese Londoner Meldung ist von der reaktionären Presse heftig angegriffen worden, und noch gestern abend sprach die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ im Anschluß an diese Meldung von einem „partei politischen Manöver“, dessen Ursprung „keineswegs auf englischer Seite zu suchen“ sei; es handle sich vielmehr um einen Versuch, die deutsche Einheitsfront zu untergraben, der auf die Bemühungen des in London weilenden Vertreters der SPD. (gemeint ist offensichtlich der Genosse Breitscheid) zurückzuführen sei.

Gegenüber dieser schmutzigen Verdächtigung, die ganz dem Stile des Stinnesorgans entspricht, teilt die „B. Z. am Mittag“ auf Grund einer telephonischen Anfrage bei ihrem Londoner Korrespondenten mit, daß die von ihr gebrachte politische Information am Montag morgen im „Daily Telegraph“ veröffentlicht war, das als wichtigstes Publikationsorgan der englischen Konservativen und Unionisten in nahen Beziehungen zur Regierung Bonar Laws steht. Durch diese Feststellung wird die gehässige Insinuation der „DAZ.“ genügend gekennzeichnet.

Ruhrkinder in Dänemark.

Kopenhagen, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Auf Einladung des Arbeiterhilfskomitees für die deutsche Kinderhilfe trafen heute 150 Kinder aus dem Ruhrgebiet wohlbehalten hier ein. Sie wurden auf dem Bahnhof vom Genossen J. P. Nielsen, dem deutschen Gesandten und dem Komitee herzlich empfangen, um dann zu ihren Pflegeeltern weitergeleitet zu werden.

Kohle für Italien und Holland angehalten.

Münster, 23. Februar. (TA.) Die Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet scheinen nunmehr die Kohlenzüge für Italien und die neutralen Länder doch an der Ausfahrt verhindern zu wollen. In Dortm und heute morgen die nach Holland bestimmten Kohlenzüge angehalten worden. In Uplerbed-Süd wurden von den für Italien bestimmten Reparationskohlen nur noch Stüd- und Ruhrkohle durchgelassen.

Regier als Transportarbeiter.

Auf dem Dürener Bahnhof verladen die Franzosen durch farbige Militär Kohlen und Koks aus dem Schuppen der Eisenbahnverwaltung.

Die Lehren eines Urteils.

Zu dem Prozeß v. Watter gegen den „Vorwärts“.

Gestern ist nach mehrstündiger Verhandlung vor dem Berliner Schöffengericht der „Vorwärts“ in der Person seines verantwortlichen Redakteurs zu 10 000 Mark Geldstrafe und Publikation des Urteils kostenpflichtig wegen Beleidigung des Generals a. D. v. Watter verurteilt worden. Nach Auffassung des Gerichts ist der Beweis für die Teilnahme Watters an einer Verschwörungsergung in Karlsruhe zum Zwecke der Organisation von Selbstschußorganisationen, die sowohl durch eine Verordnung des Reichspräsidenten, wie auch durch einen ausdrücklichen Erlaß der badischen Regierung verboten waren, mißglückt. Aber auch der Beweis dafür, daß General v. Watter sich eines Eides- und Verfassungsbruches dadurch schuldig gemacht habe, daß er, wie der „Vorwärts“ schrieb, „am Kapp-Putsch solange mitgewirkt hat, bis er seine Aussichtslosigkeit erkannte“, wurde, laut Gerichtsurteil, nicht erbracht.

Gerade in diesen Tagen, wo das Thema der Selbstschußorganisationen ebenso wie die Frage der Zuverlässigkeit der Reichswehr wieder einmal in den Vordergrund gerückt sind, erscheint es zweckmäßig, auf gewisse Erscheinungen, die durch diesen Prozeß beleuchtet wurden, näher einzugehen.

Man stelle sich vor: eine Verordnung des Reichspräsidenten stellt die Gründung von Selbstschußorganisationen unter hohe Zuchthausstrafen, eine Landesregierung erläßt unter Hinweis auf diese Verordnung ein ausdrückliches Verbot der Nachahmung des bayerischen Orgeßch-Beispiels. Dennoch wird von früheren Baltikumoffizieren für solche Gründungen Propaganda gemacht und ein früherer aktiver General, der aus München zugereist ist, hält auf deren Ersuchen vor einem kleinen geladenen Kreis einen Vortrag, der den Wert und die Notwendigkeit solcher Formationen zur Bekämpfung angeblich drohender linksrumpische Gefahren soll. Auch die Unerschlichkeit der Herbeischaffung von Geldmitteln zwecks Waffenaufkaufs wird im Referat erwähnt. Wird nun der strafbare Charakter dieser Veranstaltung dadurch aus der Welt geschafft, daß der Referent einen Satz einschaltet, wonach nun in Baden noch die Regierung zu dieser Auffassung zu befehlen wäre? Genügt ein solcher Vorbehalt im Referat, um die strafrechtliche Verfolgung solcher Veranstaltung auszuschließen? Genügt die Anwesenheit eines Staatsbeamten, in diesem Falle eines höheren Polizeioffiziers in Uniform, um der Sitzung einen legalen Charakter zu verleihen? Das Gericht hat diese Fragen bejaht. Die Folgen einer solchen Rechtsauffassung sind höchst bedenklich: danach könnte in Zukunft die Propaganda für die Bildung verbotener Organisationen ungestört und straflos im weitesten Umfange vor sich gehen, wenn nur die Versammlungsleiter oder Referenten so vorsichtig oder so schlau wären, mit einem verständnisvollen Lächeln hinzuzufügen, selbstverständlich werde man nichts gegen die Regierung unternehmen, sondern nur versuchen, sie für die eigenen Pläne zu gewinnen.

Die Selbstschußorganisationen haben sich im Laufe der Zeit zu einer Plage für Deutschland entwickelt, die die Reime zu innerpolitischen und außerpolitischen Konflikten schwerster Art in sich bürgen. Von der bayerischen Orgeßch über die Arbeitsgemeinschaft Korbach zur „Oberland“-Bereinigung und zur Organisation C, von den korbacherisch sanktionierten und finanzierten Verbänden bis zu den Reichelmörder-Klubs, — sie alle sind Kinder eines selben Geistes der Unzufriedenheit mit der republikanischen Staatsform und nur der Grad ihrer Gefährlichkeit mag politisch und strafrechtlich verschieden zu bewerten sein. Ihnen allen aber gilt der Kampf des republikanischen deutschen Volkes, und deshalb erscheint uns eine Rechtsauffassung höchst bedauerlich, die einer zielbewußten republikanischen Landesregierung, wie der badischen, einen indirekten Vorwurf daraus macht, daß sie im Anschluß an den Watterschen Vortrag in Karlsruhe gegen die dortigen Selbstschußbestrebungen mit aller Schärfe vorgegangen ist. Es wäre jedenfalls eine Lücke in unserer Gesetzgebung, wenn der bloße rhetorische Vorbehalt, daß nur legale Absichten in Frage kämen, genügen würde, um in Zukunft der Propaganda für den Selbstschuß Straffreiheit zu sichern.

Aber noch viel bedenklicher erscheint uns der andere Teil des Urteils, durch den General v. Watter von dem Vorwurf des Eides- und Verfassungsbruches rein gewaschen werden sollte. Die — übrigens durchaus sachliche und offenberzige — Bekundung des Zeugen General Kabisch, der unter Watter eine Brigade in Düsseldorf befehligte, hat Einblick in eine militärische Dienst- und Eidesauffassung gewährt, die geradezu erschreckend wirkt. Nach der Meinung dieses Zeugen, die augenscheinlich auch die des Klägers v. Watter war, hätte der Auftrag des Reichspräsidenten, „für Ruhe und Ordnung“ zu sorgen, auch nach der Machtergreifung durch die Kapp-Rebellen gegolten, so lange kein ausdrücklicher Gegenbefehl des Reichspräsidenten vorlag. Also: Kapp und Lüttich hatten die Nacht ergriffen, unter welchen Umständen, war nicht offiziell den Herren Generälen bekannt; das, was das ganze deutsche Volk durch die Presse noch am Nachmittag des 13. März

erfuhr, war für die Reichswehrgeneräle nicht von Belang, solange nicht eine ausdrückliche Anweisung des Reichspräsidenten vorlag, sich an die Befehle der Usurpatoren nicht zu tun. Bis dahin galt es für sie, den alten Auftrag der Sicherung von „Ruhe und Ordnung“ automatisch weiter zu befolgen! Mit aller Schärfe haben die Rechtsanwälte Genosse Dr. Woin Saenger und Dr. Horowich wiederholt auf die Sinnlosigkeit dieser Auffassung hingewiesen. Sie fragten, was unter dem alten Regime mit Generälen oder Beamten geschehen wäre, die eine ausdrückliche Ermahnung des Königs für notwendig erachtet hätten, um sich den Befehlen eines tatsächlichen oder eingebildeten Umstürzlers zu widersetzen. Wenn sich ein Herr Schulz zum Reichskanzler und ein Herr Krause zum Kriegsminister proklamiert hätten, würden etwa die kaiserlichen Generäle erst eine Gegenüberstellung Wilhelm abgewartet haben, um ihre Stellungnahme zu diesen „neuen Männern“ zu präzisieren? Ferner hat Herr General Habich sehr anschaulich geschildert, wie ihm untergebenen, draufgängerische Freikorpsführer (Lühow? Schulz?) sich für die Kapp-Regierung erklärten, wie er aber auf sie durch Zureden eingewirkt, sonst aber nichts gegen sie unternommen habe, weil er glaube, sie befehlt zu haben und weil er ihre und ihrer Truppen soldatische Tüchtigkeit hochschätzte. Auf Betragen vornehmer der General, er hätte ähnlich auch gegen über solchen Führern gehandelt, die für den Anstich an eine aus Kader gelangte k o m m u n i s t i s c h e Putschregierung geschwärmt hätten. — Wir geben diese Versicherung lediglich zur Kenntnis.

Wie sah aber Herr v. Watter seine Aufgabe, weiter im Sinne des Ebert-Auftrages (Ruhe und Ordnung, Unterdrückung politischer Streits) zu wirken, auf? In der Besprechung in Münster mit den Arbeiterführern am 15. März, bei der er sich beharrlich weigerte, eine eindeutige Erklärung zugunsten der verfassungsmäßigen Regierung Ebert-Bauer abzugeben und einen gemeinsamen Aufruf mit dem Oberpräsidenten Würmeling und dem Reichs- und Staatskommissar Genossen Severing in diesem Sinne zu unterschreiben, erklärte er, den ausgerufenen Generälen zu verbieten (!) und drohte, ihn mit allen Mitteln zu unterdrücken. Umsonst wies der Angeklagte Genosse Schiff auf den sonnenklaren Unterschied zwischen einem Streik zum Sturz der verfassungsmäßigen Regierung und einem Streik zur Abwehr eines verfassungswidrigen Putsches hin, General v. Watter brachte zur Begründung dieser hartnäckigen Ablehnung, Farbe zu bekennen, recht fadenähnliche Argumente formaler Natur vor: Er sei der Oberkommandierende gewesen, auch gegenüber Würmeling und Severing, er habe sonst keine gemeinsamen Erlasse mit dieser Regierungsvorsteher unterzeichnet und wolle dies auch in diesem Falle nicht tun, zumal noch andere Oberpräsidenten seinem Befehlsbereich angehörten, und überhaupt sei der Aufruf Severings und Würmelings „zu lang“ gewesen. Endlich wollte er sich nicht „einschüchtern“ lassen. Also die Aufforderung zu einem klaren Bekenntnis für die verfassungsmäßige Regierung gleich in den Augen des Generals einer Drohung, der er nicht nachzugeben hätte! Seine Aufrufe waren in der Tat bedeutend kürzer, aber, wie Minister Severing als Zeuge bekundete, konnte alles Mögliche daraus entnommen werden. „Ruhe und Ordnung“, „Demokratie“ usw. hat auch der „Reichskanzler“ Kapp in seinen Proklamationen verprochen.

Wir lassen hier die Einzelheiten aus dem Spiele, die die höchst dramatisch verlaufene Vernehmung des Majors v. Lühow zu Tage gebracht haben. Vermutlich wird noch der Oberrechtsanwalt sich damit befassen und erklären, ob hier nicht der Beweis geliefert wurde, daß bestimmte, bisher nicht als „Führer“ anerkannte, amnestierte Offiziere, von dem Kapp-Unternehmen vorher gewußt haben und daher unbedingt als heute noch strafbare „Führer“ im Sinne des Amnestiegesetzes und der Auffassung des Reichsgerichts angesehen werden müßten. Das Gericht hat in den vorgelegten, zunächst glatt abgelehnten, dann mit allerhand Deutungen zugege-

benen handschriftlichen Dokumenten eine Befestigung Watters nicht erblickt. Und über den Zeugen v. Lühow hatte das Schöffengericht gestern nicht zu richten, da er rechtzeitig in seiner Aussage einlenkte und die zunächst unvorsichtigerweise abgestrittene Echtheit der Dokumente zugab. Das vom Jagow-Prozess hinreichend bekannte Argument, daß man in den Offizierskreisen immer nur an die Abwehr eines Linksputsch dachte, als man von „Affion“ sprach, ist gestern auch gegen jeden Schein von Wahrscheinlichkeit vorgebracht worden. Und das Gericht hielt die Argumentation für hinreichend.

Aber eins sei hier im Hinblick auf die Zukunft hervorgehoben: Wenn das geistliche Urteil eine Sanktionierung des Verhaltens Watters und der militärischen Auffassung der Generäle Watter und Habich bedeuten sollte, dann kann daraus für das Reich eine ungeheure Gefahr entstehen. Wir machen die Reichsregierung und insbesondere den Reichswehrminister darauf aufmerksam, daß auch hier eine juchbare Lücke in der Auffassung von Eides- und Gehorsamspflicht durch die höheren Offiziere offenbar besteht, und es ist in dieser kritischen Zeit dringend notwendig, daß die Lücke durch unzweideutige Erläuterungen und Weisungen höchstmöglichst ausgefüllt wird. Es darf auch die Möglichkeit einer Wiederholung der Haltung des Generals von Watter in den ersten Kapp-Tagen nicht mehr bestehen. Sonst wird die andere, schmerzliche, unheilvolle Kluft, die zwischen Reichswehr und Arbeiterschaft klafft, niemals überbrückt werden.

In der Gerichtsverhandlung am gestrigen Freitag, über deren Beginn wir im Abendblatt berichteten, führte General v. Watter noch aus:

Ich erklärte, es sei Sache der Bayern, auf legale Weise auf ihre Regierung einzumirken, damit sie dieses Verbot aufhebe und die Verbände unterstütze. Ich erklärte auch, daß von kommunistischer Seite der Plan bestehe, von Mannheim her von Baden Besitz zu ergreifen, woraus sich dann große Schwierigkeiten mit der Entente ergeben hätten, da von Baden her das linke Rheingebiet mit Strom versorgt wird. Ich habe auch die Organisation in Bayern geschildert. In Karlsruhe blieb ich bis zum nächsten Vormittag und riefte ab, ohne zu wissen, daß ich gesucht werde. Von den Befürchtungen der badischen Regierung habe ich erst später erfahren und habe dann in einem Münchener Blatt eine Klarstellung veröffentlicht und die unrichtigen Behauptungen der badischen Regierung widerlegt.

Rechtsanwalt Horowich richtet an den Nebenkläger die Frage, ob es richtig sei, daß er in der Versammlung von der Beschaffung von Waffen

gesprochen habe und daß er dabei gesagt habe, die Hauptfache seien Kanonen und Munition. Man müsse die Mittel dazu bekommen, gleichgültig woher, ob aus der Hölle oder vom Himmel.

General v. Watter: Ich kann nicht zugeben, daß ich derartiges gesagt habe. Allerdings habe ich von Waffenbeschaffung gesprochen, aber nur gesagt, die Sache müßte wie in Bayern organisiert und finanziert werden.

Vorl: Es war also keine geheime Versammlung? v. Watter: Da der Chef der Schutzpolizei daran teilnahm und auch Staatsbeamte anwesend waren, konnte ich das nicht annehmen.

Rechtsanwalt Horowich: Wird zugegeben, daß nur ein geladene Personen Zutritt hatten? v. Watter: Allerdings war mir gesagt worden, „vor geladenem Publikum“.

Es wird dann die Aussage des kommissarisch ernennten Oberleutnants v. Haruh verlesen, der behauptet, er habe an der Versammlung als Vertreter der Organisation Eberisch teilgenommen. Es war keine geheime Versammlung, denn auch die Angestellten des Restaurants gingen ein und aus. Auch badische Ministerialbeamte haben an der Besprechung teilgenommen. Entschieden bestreitet der Zeuge, daß es sich um eine Verschwörung gehandelt.

Polizeioberinspektor Becker schildert zunächst den Einberufer der Versammlung, Fabrikbesitzer Wagner, als einen Mann, der Ballistikämpfer war und für die Unterbringung der Ballistikämpfer tätig war. Auch am Kapp-Putsch sollte er teilgenommen haben. Die Ermittlungen ergeben

aber nicht, daß er etwas gegen die Regierung unternommen hätte. Hauptmann Wagner habe etwa 20 bis 30 Personen, die einem ganz bestimmten Kreise angehörten, eingeladen. In der Versammlung soll gesagt worden sein, daß es notwendig wäre, die Mittel, etwa 6 Millionen, aufzubringen. Der Gewährmann des Zeugen glaubt aber nicht, daß dieses Geld zur Waffenbeschaffung dienen sollte, sondern für Verwaltungszwecke. Auch der demokratische Parteisekretär war eingeladen, aber am Kommen verhindert und hatte einen anderen Parteigenossen, einen Herrn Nies, entsandt.

Polizeioberinspektor Becker befandte weiter, daß auch der Kommandeur der Karlsruher Sicherheitspolizei, Major Blankenhorn, und ein Herr v. Nicolai vom Ministerium an der Karlsruher Versammlung teilgenommen haben, allerdings nicht in dienstlicher Eigenschaft. Ein Haftbefehl gegen Watter habe nicht bestanden.

Dann wandte sich die Verhandlung dem Hauptvorwurf zu, daß General v. Watter nämlich als Kommandeur einer Reichswehrdivision

im Kapp-Putsch einen Eid- und Verfassungsbruch begangen habe.

Der Angeklagte Viktor Schiff betont, daß der damalige Reichskommissar für das Ruhrrevier, Severing, den General v. Watter wiederholt ermahnt habe, ein ausdrückliches Bekenntnis zur Regierung Ebert-Bauer abzulegen und einen entsprechenden Aufruf Severings und des Oberpräsidenten Dr. Würmeling mit zu unterschreiben. Watter habe aber abgelehnt.

Zeuge Minister des Innern Severing bestätigte diese Darstellung. Er habe Watter damals ausdrücklich auf die unausbleibliche Beunruhigung der Bevölkerung hingewiesen, die aus dieser Weigerung entstehen würde, um so mehr, als die dem Watter unterstellten Freikorps Schulz, Rischschlag und Lühow sich kategorisch geweigert hätten, für die verfassungsmäßige Regierung länger Dienst zu tun. Trotzdem habe

Watter auf seiner Weigerung beharrt.

auch bei einer Konferenz mit den Vertretern der Gewerkschaften und der SPD. Severing befandte weiter, daß trotz seinem entschiedenen Abstraten gerade diese Freikorps zur Wiederherstellung des Zustandes ins Ruhrrevier entsandt wurden und ihren Einzug mit schwarzwäehrigen Fahnen und „Heil dir im Siegertranz“ gehalten haben.

General v. Watter bestätigte die Wichtigkeit dieser Befestigungen, gab ihnen aber eine andere Auslegung. Den Freikorps seien bestimmte Bezirke von vornherein zugeteilt worden, und so war im Falle eines plötzlichen Eingreifens eine Verschiebung nicht mehr möglich. Den Aufruf des Oberpräsidenten und Reichskommissars zu unterschreiben, habe er sich deshalb geweigert, weil er niemals derartige Aufrufe der Zivilbevölkerung bis dahin mitunterzeichnet und er selbst bereits am 13. März einen Aufruf erlassen hätte, der als die notwendige Richtlinie bezeichnete, im vaterländischen Interesse die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Diese Aufgabe sei ihm seinerzeit ausdrücklich von der Reichsregierung übertragen worden, und es sei ihm auch

gelingen, das Ruhrrevier vom Kommunismus zu retten.

Wie im Augenblick des Kapp-Putsches die Lage wirklich gewesen sei, hätte sich in Münster nicht einwandfrei feststellen lassen.

Minister Severing erklärte hierzu, daß gegenüber dem Versuch der Kommunisten, das durch den Kapp-Putsch entstandene Chaos zur Ausrufung der Räterepublik auszunutzen, nur eine Abwehr mit wirklich verfassungstreuen Truppen in Frage gekommen wäre. Auf der Reichswehrkonferenz habe er selbst sich dann gegen eine Abberufung Watters gewandt, weil bei dem Verhalten der Roten Armee kein Zweifel daran bestand, daß sie noch etwaigen Erfolgen im Ruhrrevier auch eine Schreckenszeit für das Rheinland verursachen würde. In diesem Augenblick hätte die Abberufung des wichtigsten Führers zu einer Desorganisation des Militärs geführt. Deshalb sei er aus tatsächlichen und politischen Gründen gegen die Abberufung v. Watters gewesen.

Watter betont noch, daß Reichswehrminister Roste von Stuttgart aus ihm auf seine telephonische Meldung hin erstet habe, er sei mit seinen Maßnahmen durchaus einverstanden, ferner habe er ein von Ebert, Bauer, Roste unterzeichnetes Telegramm erhalten: „Sprechen Ihnen unser vollstes Vertrauen aus und bitten Sie, auf Ihrem Posten zu bleiben.“ Eine wegen der späteren Bescheidungen von ihm selbst beantragte Untersuchung habe Roste abgelehnt, weil kein Anlaß dazu vorliege.

Minister Severing erklärt zu dem erwähnten Telegramm, daß er dieses Telegramm veranlaßt habe, um einer Vermutung in der Reichswehr in einem höchst kritischen Augenblick vorzubeugen;

Das Gözenbild.

Von Ernst Rißch.

Vor dem Kriege gehörte eine wohl temperierte Religiosität zum geistigen Inventar jenes Mitteleuropäers, der in den Kreisen der „Gesellschaft“ geduldet sein wollte. Höchste und allerhöchste Herrschaften liebten es, neben Ordenssternen auch die Frömmigkeit recht sichtbar an die Brust zu heften und man eiferte ihnen nach, zumal die Sache dekorativ und vor allem billig war. In jenen Materialzeitaltern, die auf Bestellung arbeiteten, wurden Kreuzigungsgruppen bestellt und die Antiquitätenläden nach altem Kirchengeschick durchforstet, und Möbgestühle, Wandteppiche und Kreuzige wurden als Wandschmuck westlicher Wohnungen über der Zentralheizung angebracht. Je beschädigter die Stühle waren, desto lieber sah man sie, denn dies zeugte für mittelalterliche Echtheit. Die Händler konnten der Nachfrage nicht genügen, obgleich eine Anzahl Holzschnitzwerkstätten nur defekte Arbeiten lieferten.

Diese Religiosität hat aufgehört, denn der Spiritismus wurde noch schärfer — und dann kam der Untergang des Abendlandes, die Schwärmergeister für Affen. In der Folge dieser Bewegung wurde ein neues Symbol für die zeitgemäße Ausstattung der Wohnung gefunden, das Gözenbild. Da früher mehr oder minder beliebte Bronzejungfrauen von Konsolen lächelten, da thront jetzt eine Buddhafigur auf dem ewigen Lotus und diktiert erlautet in die Umgebung, die so gar nicht zu seiner Verkörperung in sich passen will. Der seitte Generaldirektor streicht in seiner Villa in Dahlem die Höhe an einem tibetischen Weidrauschen ab, die Filmschauspielerin Pipo Po benutzt einen birmanischen Dekalflein als Briefbeschwerer, über dem Kamin des Junggesellen grinst eine nordwinnische Sadamnenmaße, und die Frau Raffe muß unter allen Umständen eine samaritanische Gebetsmühle in ihrem Salon stehen haben. Wie diese Kreise eine Zügelung mit der „Bauernkunst“ liebäugeln und ihre Frauen in Dirndlkleider mit seidenen Schürzen stecken, so kürzen sie sich jetzt auf „primitive Kunst“. Was soll alle Not und Sorge Europas, die buddhistische Spätantike Mittelalters ist viel interessanter, man kann darüber sprechen, ohne sich zu hämieren, denn der andere versteht in der Grunde auch nichts davon, und zuletzt redet man doch von den Kurzen.

Was man vor gar nicht langer Zeit verachtete und mit jenem spöttischen Lächeln der Ueberlegenheit betrachtete, das die vergangene Kunst an sich hatte, das wird jetzt mit Interesse gehegt und mit Papiermark aufbewahrt. Wie möchte man im mittelalterlichen Zeitalter den Neger ein — als einen faulen frechen Wilden, den jeder Europäer mit einer Tracht Prügel bedanken durfte. Heute ist „Negerplastik“ der begehrteste Gegenstand des Kunsthandels, und alle Enden von Barcelona bis Stockholm reißen sich um die primitiv geschnittenen Gözenbildchen, die früher kein Mensch gesehen! genommen hätte. Was dem Afrikaner bildlicher Ausdruck ehrlicher Gefühle war, das wird jetzt im Kaffeehaus auf Perfektapphien mit Be-

wunderung und Stolz betrachtet und mit einem Schwall hoher Phrasen besessen, die den Genuß der teuren Bildre würzen sollen und den Besessenen einzureden haben, daß sie Kunstfreunde sind und zu den „besseren Leuten“ zählen.

Inzwischen ist die Nahe, die Afrika an Europa genommen hat, nicht unanfällig. Zuerst schickten wir unsere Missionare hin und brachten allerlei zweifelhafte Erzeugnisse unserer Kultur an den Äquator, die wir uns gut bezahlen ließen. Jetzt sehen uns die Neger ihre Gözen in die gute Stube, und wir sind sehr erfreut darüber, denn eigentlich dienen wir ja alle dem goldenen Kalb.

„Alt-Heidelberg“ im Deutschen Theater. Sentimentalität, Studentenummet, Bierstimmung, Fürstentum mit Lakaien und gebogenen Rücken. Es war ein furchtbarer Abend, die Spieler, die ins Deutsche Theater pilgerten, freuten sich sehr. Die Schauspieler versuchten zuerst zu parodieren. Kraus legte damit ein. Aber sie ließen es bald. Auch ihnen gefiel das Schmierstück. Ja, es ist Schmier, es ist fast nicht von anständigen Schauspielern zu bewältigen, obwohl es über die ganze Welt gegangen ist. Gölstorff, der Kommordienier, Brauwein, der Fürst Korzhing, Groß, der Studentenlag Kestermann, Fräulein Rosheim das Mädchen. Sie stellten sich, wenn sie an die Platte griffen wurden, feelig vor. Sie tosen so, als wenn es sich um eine ehrhafte Sache handle. Gott, wie sind wir heruntergekommen!

Aus der Fremdenloge grüßte ein schlanker Herr mit seinem schmalen Gesicht. Es war Wilhelm Meier-Förster, der Dichter von Alt-Heidelberg, seit Jahren erblindet. Sein Ohr folgte dem Schalle der Menge, die Beifall klatschte. Wer es nicht mochte, konnte nicht merken, daß seine Augen schon tot sind. Wer es nicht wußte, konnte es nicht merken, daß das Deutsche Theater eine Stätte der Kunst ist. Auch die Presse hatte es vergessen. Denn sie hatte zu diesem Abend eingeladen. Und was in die Kasse fließt, das soll für arme Journalisten ausgegeben werden. Arme Journalisten!

Vererbung und Erziehung. Die Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene veranstaltete in Auditorium Maximum der Berliner Universität einen Vortragsabend, bei dem Prof. Roll und Studienrat Schlemmer über das Thema Vererbung und Erziehung sprachen. Der Vorsitzende, Geheimrat Obermedizinalrat Dr. Krohne, wies eingangs auf die große Gefahr einer Rassenvererbung hin, die bei jedem Volke mit fortschreitender Kultur zu befürchten sei. Für das deutsche Volk aber sei diese Gefahr besonders groß, weil es durch den Krieg, die Hungerkatastrophe, die Ruhrbelegung und die damit verbundenen zunehmenden Ernährungs-schwierigkeiten außerordentliche Einbuße an Kräften und gesunden Volksgliedern erlitten habe. Auch offensichtlich sei der Stand der Volksgesundheit sehr ungesund, weil bei dem allgemein entkräfteten Körper Tuberkulose, Rachitis und Geschlechtskrankheiten guten Nährboden fänden. Aus dieser Befürchtung heraus sei es notwendig, Rassenhygiene zu treiben, um den geschwächten Volkstörper vor weiteren Schädigungen zu bewahren und gesundheitsfördernde und zünftige Wiederaufbau zu treiben. Ge-

heimrat Krohne betonte, daß die Gesellschaft für Rassenhygiene keineswegs politische oder konfessionelle Ziele verfolge, sondern lediglich das Interesse des gesamten deutschen Volkstörpers im Auge habe. Professor Roll referierte darauf über die medizinische Seite des oben genannten Themas, Studienrat Schlemmer über die pädagogische. Professor Roll erklärte eingangs, daß zurzeit nur die Bererburg körperlicher Eigenschaften eingehend erforscht sei, während die Zusammenhänge psychischer Herberungsstempel noch im Dunkeln lägen. Er wies darauf hin, daß für die Bererburg nicht die anerzogenen Qualitäten in Betracht kämen. Hieraus ergibt sich für den Einzelnen die Notwendigkeit der Auslese und der großen Zusammenfassung, wie wir sie bei einzelnen Bererburgerstammungen (Blindheit, Schwerhörigkeit, Schwachsin) bereits haben.

Ein Besuch in der Oase des Jupiter Ammon. Die wenig bekannte Stadt Siwa, die in der entferntesten westlichen Wüste an der Grenze von Ägypten und Tripolis liegt und die im Altertum als Oase des Jupiter Ammon berühmt war, wird von Dalrumple Belgrave in einem Buch gewürdigt. Der Reisende brauchte zwei Jahre, bevor er den Weg zu dieser phantastischen Stadt fand, die in der Mitte der Oase auf einem gewaltigen Felsen erhebt ist. Die Häuser türmen sich übereinander auf und bilden ein labyrinthisches Gemirr, das von steilen Treppen und schmalen Tunneln durchzogen ist und an die sich kreuzenden Gänge und Höhlen eines Bergwerkes gemahnt. Bei Wanderungen durch dieses Gewirr dunkler Gänge muß man selbst bei Tage eine Kerze tragen, und zwei Personen können kaum nebeneinander gehen. Umfassungs ist die ganze Stadt von mächtigen Mauern, in denen sich kleine Fensterchen befinden, durch die die Bewohner die Außenwelt beobachten. Die Leute von Siwa gehören zum Berberstamm und sind besonders aus Effen aus. Davon erzählt Belgrave eine lustige Geschichte. Sein Hund hatte Junge geworden, und sofort boten ihm einige der Bewohner, er möchte ihnen doch eins der kleinen Hündchen schenken. Sie pflegten und nährten die Hunde mit großer Sorgfalt, so daß sie immer fetter wurden. Als der Reisende dann von einem Ausflug nach Kairo wieder zurückkehrte, fragte er nach dem Ergehen der Hunde. „Ach“, sagte einer schwärmerisch, „sie waren so fein, so fett und so groß...“ „Und wo sind sie jetzt?“ Der Gefragte zeigte nur voller Schicksal auf seinen Bauch, und es stellte sich heraus, daß sie alle verspeist waren.

Das russische romantische Theater gibt am Sonnabend und Sonntag keine Vorstellungen in Berlin. Es tritt zunächst eine Schspielreihe durch Holland an.

Reisende Robert Goldfarb auf der Bühne. Nachdem der Herr von Goldfarb seine ersten Schritte über die Bretter gemacht haben, ist nunmehr Reisende Goldfarb zum Aufführung gelangt — und zwar am Elisenhof Theater. Die Vorbereitung des Reizes kommt dem dem inländisch vertriebenen Wiener Dramenbildner Paul Friedrich Schröder. Der Ausdruck des Bühnenwirklichen Stüdes war ein nachgelagerter.

Arbeiterführer als Unberühmter. Wie aus London gemeldet wird, sind die Verlesenenmitglieder der englischen Arbeiterpartei H. B. Adams und J. L. Jones Schlegel zu Reizen an der Unberühmten Birmingham ernannt worden. Es ist das erkennbar, daß in England die Arbeiterpartei zu einem solchen Ausbruch kommen werden.

als eine Ehrenklärung könne das Telegramm nicht angesehen werden.

Zeuge Generalleutnant a. D. Rabich, damals Kommandeur der Grenztruppen an der holländischen Grenze und am Rhein, schildert eingehend die Stimmung unter den Truppen bei Beginn des Kampfes. Einzelne Truppenteile, wie das Regiment des Majors Schulz-Mühlheim, hätten sofort mit der neuen Regierung sympathisiert, doch habe sich Schutz auf die Einwirkung Watters hin bereitet, dessen Befehlen Folge zu leisten. Bestreben der Truppenführer sei es gewesen, unter allen Umständen die

Truppe gegenüber der roten Flut

in der Hand zu behalten. Bei dem Durchdringen von Weidungen und Mähdrechen über die Vorgänge in Berlin habe das Militär nichts anderes tun können, als sich für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Sinne der Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten einzusetzen, solange kein Gegenbefehl gekommen wäre.

Zeuge Abg. Husemann-Bodum bekundet, daß trotz der wiederholten Forderungen des Gewerkschaftsführers General v. Watter eine klare Stellungnahme für die alte Regierung abgelehnt hat.

Der Leiter der Parteiorganisation der SPD in Westfalen, Abg. Klupp, Dortmund, bekräftigt diese Darstellung.

Die Verlesung der Auslagen des kommissarisch vernommenen früheren Bürgermeisters Winkelmann und des Stadtkommandanten Köting aus Wetter i. W. ergibt, daß die am 15. März 1920 nach Wetter entsandte Batterie Haindeler des Freikorps Lichtschlag mit Schwarzweilroten Fahnen eingezogen war und damit stark zur Erregung der Bevölkerung beigetragen hat. Auf Befragen der Behörden habe Hauptmann Haindeler erklärt, er handle

auf Befehl des Generals Watter, der auf dem Boden der Kapp-Lüttich-Regierung stehe.

Zu erregten Szenen führt die Vernehmung des ehemaligen Freikorpsführers Major a. D. von Lühow, der damals mit seinem Freikorps in Remscheid unter Watters Befehl stand. Die Verteidigung verweist auf folgenden, nach dem Kapp-Putsch in der Linkspresse veröffentlichten Brief von Lühow an General v. Watter vom Anfang März 1920:

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

„Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. März vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin notwendig, sein Abtransport aus dem Rheinland muß daher möglichst sofort befohlen werden, aber ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gruppenkommando I und dem Reichswehrministerium, weil das zu einer Verschleppung und zu eventuellem Widerstand dieser Instanzen führen würde.“

Die faschistische Gefahr.

Verbotmaßnahmen der thüringischen Regierung.

Das thüringische Staatsministerium hat die in den verschiedenen Städten geplanten Versammlungen der deutschnationalen Freiheitspartei verboten, da sie glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß sie die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden würden. Es ist bekannt geworden, daß die Freiheitspartei die Absicht hatte, von außerhalb, wahrscheinlich von Bayern, Schuß für die geplanten Versammlungen heranzuholen.

Krieg ist Wahnsinn!

Selbst ein „Kreuzzeitung“-General warnt!

In der „Kreuzzeitung“ beschäftigt sich General v. Z w e h l mit der Situation im Ruhrgebiet und den sich aus ihr ergebenden militärischen Möglichkeiten. Er kommt dabei nach allem Hin und Wider zu folgendem Ergebnis:

Und doch gehört nicht viel Scharf sinn dazu, um zu erkennen, daß im jetzigen Augenblick Herr n Polinard nichts erwünschter wäre, als ein großer Ausbruch elementarer deutscher Auflehnung. Er würde ihn aus der schiefen Lage, in die er sich gebracht hat, befreien und zur schonungslosen Anwendung seiner überlegenen militärischen Machtmittel einen höchst willkommenen Vorwand geben. Deutschland wird diesen billigen Trumpf nicht ohne weiteres aus der Hand geben. Es wird auf dem jetzt betretenen Wege beharren, mit allem Nachdruck, mit großer Härte, so hart es uns auch ankommen mag. Dieser Notwendigkeit klar ins Auge zu sehen, ist gewiß kein Kleinmut. Im Gegenteil erfordert unser passiver Widerstand — insbesondere von der Bevölkerung an Ruhr und Rhein — hohe Anforderungen an Mut, Selbstbeherrschung und Fähigkeit.

In demselben Sinn hat sich vor einigen Tagen auch General Deimling in der „Voss. Ztg.“ geäußert.

Die Feststellungen der Generale Z w e h l und Deimling bleiben selbstverständlich bestehen, ganz gleichgültig, ob Frankreich den feindlichen Akt, die es seit dem 11. Januar unaufrichtig gegen Deutschland unternimmt, eine förmliche Kriegserklärung folgen läßt oder nicht. Der Krieg, den Frankreich tatsächlich gegen Deutschland begonnen hat, kann von deutscher Seite nur mit moralischen und politischen Mitteln erfolgreich geführt werden, als bewaffneter Zusammenstoß ist er von vornherein verloren. Hoffentlich wird es niemals notwendig werden, das Gutachten des Generals v. Z w e h l in einer Gerichtsverhandlung zu verlesen gegen Männer, die das deutsche Volk in eine hoffnungslose Schlichterei hineingetrieben haben.

Euno-Stresemanns Erfüllungspolitik.

Was die „Zeit“ verschweigt.

Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Stresemann, hat dem „Manchester Guardian“ Ausführungen zur Verfügung gestellt, die zugleich auch von der „Voss. Ztg.“ und teilweise auch von der „Zeit“ wiedergegeben werden. Im Bericht der „Voss. Ztg.“ finden sich über das Reparationsangebot der Regierung Euno, das für die Pariser Konferenz bestimmt war, folgende Angaben:

Die Regierung hat Frankreich die Verzinsung einer hohen Milliardensumme, auch wenn eine internationale Antleihe nur einen Teil davon ausbrächte. Darüber hinaus sagte sie eine weitere Zahlung als Anzahlung für die Zeit des Moratoriums zu und stellte eine dritte Rate in Aussicht, wenn der internationale Kapitalmarkt sie aufnehmen in der Lage wäre. Ich bin fest überzeugt, daß die deutsche öffentliche Meinung erstaunt gewesen wäre über die Höhe der Leistung, zu denen die Regierung Euno sich bereit erklärte. Zusammen mit dem, was Deutschland bisher an anrechnungsfähigen Leistungen an die Alliierten dargeboten hatte, würden die Endsummen des deutschen Verfalls doch an die Ziffer heranziehen, die von Angehörigen allierter Nationen wiederholt als höchstmögliche deutsche Leistungsfähigkeit selbst bezeichnet worden sind.

Not, auch Papiernot, kennt kein Gebot, und darum sollen die Zeitungen heute aufeinander keine Steine werfen, weil sie dieses oder jenes nicht gebracht haben. Dennoch bleibt es bemerkenswert, daß gerade diese wichtigen Ausführungen des vorkriegsständigen Parteichefs im offiziellen Parteiorgan keinen Raum fanden.

Umlagepreiserhöhung und Landwirtschaft.

Die gewaltige Erhöhung der Umlagepreise, die von der agrarfreundlichen Mehrheit des Ausschusses für Festsetzung des Umlagegetreidepreises beschlossen worden ist, stellt sich rein finanziell betrachtet, als ein großes Geschenk an die Agrarier dar, das das Reich vergibt, ohne dafür eine Deduktion in einem erhöhten Brotpreis zu haben. Es war mit Genehmigung vermerkt worden, als die Agrarier vor einigen Wochen vorläufig auf eine Festsetzung des Preises für das vierte Sechstel der Umlage verzichteten. Dieser großmütige Verzicht macht sich aber nach den neuesten Beschlüssen der Mehrheit des Preis Ausschusses jetzt glänzend bezahlt, da die neue Preiserhöhung von 165 000 auf 600 000 M. für die Tonne Roggen sich nicht etwa auf das letzte Drittel der Umlage bezieht, sondern bereits das vierte und fünfte Sechstel betrifft. Da die Umlage 2 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide der Reichsgetreidestelle zuzuführen soll — ein Drittel davon beträgt 832 333 Tonnen —, ergibt die Nachzahlung 362 499 410 000 oder, abgerundet, 362,5 Milliarden Mark. Rechnet man davon selbst noch die Ermäßigung der Umlagemenge in einzelnen Gebieten ab, die mit der Ernte besonders schlecht abgefallen sind, so bleibt immer noch ein Betrag von rund 330 Milliarden übrig, der mit dieser Preiserhöhung für Umlagegetreide den Landwirten ausgeschüttet wird.

Die Vertreter der Verbraucher hatten, um eine Beschränkung zu ermöglichen, außerordentlich weitgehende Zugeständnisse gemacht; bei einem Umlagepreis von 500 000 Mark, wie er in Aussicht genommen war, hätte die Zuzahlung an die Agrarier immer noch rund 250 Milliarden Mark betragen. Trotzdem wurden sie überstimmt.

Da ein wesentlicher Teil des Inlandgetreides, für das jetzt der Preis festgelegt worden ist, schon auf dem Wege zum Verbraucher ist, stehen der Reichsgetreidestelle keine Mittel zur Verfügung, aus denen dieser Zuschuß gedeckt werden kann. Das Reich, das ohnehin ein Riefendefizit hat, muß also wieder die Notenpresse in Bewegung setzen, die für die Verbraucher die schärfste indirekte Steuer ist. Die Sachbesitzer aber vollkommen verschont. Dieser Zuschuß des Reiches wird mit 200 Milliarden Mark keineswegs zu hoch beziffert sein.

Was die Landwirtschaft mit einem Schlage erhält, ist

viel, viel mehr, als die Ruhrhilfe bisher an Geld und Naturalien eingebracht hat. Die Ruhrbevölkerung kämpft für das deutsche Volk gegen feindliche Unterdrückung und dem gesamten Volk wird der Brotkorb höher gehängt. Die bürgerlichen Politiker scheinen sich wirklich nicht klar darüber zu sein, wer in dieser Zeit der allgemeinen Not mehr der Hilfe bedürftig ist: die kämpfende Arbeiterschaft an der Ruhr oder die „notleidenden“ Agrarier.

Ein hartes Urteil.

Fast kein Tag vergeht, ohne daß man nicht gezwungen ist, in Deutschland Gerichtsurteile zu registrieren, die in einem schreienden Gegensatz zu dem gesunden Rechtsempfinden der Bevölkerung stehen.

„Unter der Anklage des Landfriedensbruchs hatte sich eine Frau Kreher, geb. von der Goltz, vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I gestern zu verantworten. Frau Kreher war bei den Tumulten am Zirkus Busch festgenommen. Als die Versammlungsteilnehmer einen Demonstrationzug nach den Linden unternahm, hatte sie unterwegs, nach Behauptung der Anklage, aufreizende Reden geführt und die Menge aufgefordert, den Teilnehmern die Waffen, die sie in der Tasche hätten, wegzunehmen. Tatsächlich wurden auch mehrere Personen angefallen. Einem Teilnehmer im Zuge, Dr. Stautin, wurde ein Summknüttel aus der Tasche entzogen, den er aber wieder an sich brachte und damit um sich schlug. Sowohl die Angeklagte Kreher als der Zeuge Stautin wurde zur Polizei gebracht. Stautin verteidigte sich damit, daß er in Nothwehr gehandelt habe, während gegen Frau Kreher Anklage erhoben wurde. Das Ergebnis der Verhandlung war eine Gefängnisstrafe von drei Monaten für Frau Kreher.“

Der Standal dieses Urteils wird um so größer, wenn man dem gegenüberstellt, daß die Heldenjünglinge mit Gummi knütteln elat wegen Nothwehr nicht etwa freigesprochen, nein überhaupt nicht angeklagt werden. Mit solcher „Justizpflege“ kann die Republik wahrhaftig bei niemandem moralische Eroberungen machen. Es wird wirklich nun Zeit, daß gründlich aufgeräumt wird.

Das neue Tuberkulosegesetz.

Aunahme im Bevölkerungspolitischen Ausschuss.

Auf Grund von Vorerhandlungen der im Bevölkerungspolitischen Ausschuss des Landtages berufenen Ärzte mit dem Volkswohlfahrtsministerium wegen der Finanzierung des Tuberkulosegesetzes wurde dem Ausschuss ein Kompromißantrag vorgeschlagen, durch den das Gesetz auf eine annehmbare finanzielle Grundlage gebracht wird. Die im Haushaltsplan des Volkswohlfahrtsministeriums zur Bekämpfung der Tuberkulose vorgesehene Summe von 10 Millionen soll auf Grund eines Schlüssels — der Geldentwertung entsprechend — auf 100 Millionen erhöht werden. Der Ausschuss war mit dieser Regelung der Finanzfrage einverstanden. Es wurden zwei soziale demokratische Entschließungsanträge angenommen, die abschließend binnen drei Monaten nach Ablauf des Rechnungsjahres eine Uebersicht über die Verwendung der im Etat vorgesehenen Summen fordern sowie die planmäßige und einheitliche Zusammenarbeit aller der Bekämpfung der Tuberkulose dienenden Organisationen — der staatlichen und städtischen Behörden, der Krankenkassen, der Bundesversicherungsanstalt und der karitativen Organisationen — mit den über Stadt und Land verteilten Fürsorgestellen.

Bei der Schlussberatung des Apothekerkammerngesetzes gelang es nach auf Antrag unserer Partei, eine Verbesserung durchzuführen, wonach auch die im pharmazeutischen Dienste von Selbstverwaltungskörpern stehenden Apotheker das aktive und passive Wahlrecht zu den Apothekerkammern erhalten. Das Gesetz wurde in der sonst nur unwesentlich veränderten Ausschussfassung angenommen.

Aus der täglichen Gewaltliste.

Am Harna haben die Franzosen den noch nicht verhafteten höheren Gemeindefunktionären die Frage gestellt, ob sie den Befehlen der Franzosen folgen wollen. Die Beamten lehnten ab. Darauf wurde das Rathaus besetzt und für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

Als auf der Besche Prinzregent Isidore die Franzosen durch das Zechentor schossen, drangen auch zwei Schiffe in die Tür des Fördermaschinenhauses ein und blieben darin stecken. Hätten sie die Tür durchgeschlagen und den Fördermaschinen, der gerade die Maschine in Gang gesetzt hatte, getroffen, so wären die in den beiden Rürden befindlichen 64 Bergleute durch Schadtschuss der Rürde unzweifelhaft getötet worden.

Der Regierungspräsident von Münster ist in Münster am Eintritt in das belgische Gebiet von den Franzosen verhindert worden. Den Oberbürgermeister und Polizeikommissar von Harna haben sie zu sechs Monaten Gefängnis und 200 000 M. Geldstrafe verurteilt.

Die Bahnhöfe Paderborn, Ober- und Niederlahnstein sind von den französischen Nachfolgern der Roblenger Amerikanergarnison besetzt worden. Es wurde auf Lokomotiven geschossen. Ein Schloffer wurde durch einen Streifschuß verletzt.

In Duisburg wurde die Station des Hauptbahnhofs mit 100 Millionen Mark Inhalt beschlagnahmt.

Russischer Protest in der Memelfrage.

Moskau, 23. Febr. (Df.) Schiffschierin hat an die britische, französische und italienische Regierung eine Protestnote gegen die getroffene Regelung der Memelfrage gerichtet. Eine Abschrift dieses Note ist der deutschen Regierung übermittelt worden. Die Note befragt, daß der Verlust, eine Frage, die in so einschneidender Weise das Gleichgewicht auf dem Baltischen Meere berührt, ohne Anhörung Russlands und seiner Verbündeten, zu lösen, neue internationale Konflikte heraufbeschwöre. Insbesondere sei der Artikel des Memeltraktats zu beanstanden, der eine internationale Verwaltung unter Beteiligung Polens im Memel Hafen einleitet; dieser Artikel stelle eine grobe Verletzung der elementarsten Interessen Russlands dar. Die Sowjetregierung stellt fest, daß 1. die Einsetzung eines internationalen Verwaltungsorgans für die Memelschiffahrt ohne die Beteiligung Russlands unzulässig sei; 2. daß nur die Uferstaaten des Memelstufes und seiner Nebenflüsse einem solchen Verwaltungsorgan angehören dürfen; 3. daß nur eine Entscheidung, welche Russland Freiheit seines Transports und den Unterhalt einer Justizstelle auf dem Memelstuf garantiert, von der Sowjetregierung anerkannt werden könne. Die Sowjetregierung erwartet, daß die Regierungen, die an der Entscheidung dieser Frage mitgewirkt haben, mit Russland und seinen Verbündeten in einen Meinungsaustausch eintreten werden, um dem jetzigen Zustand ein Ende zu bereiten, der eine schwere Bedrohung des Friedens in Osteuropa darstelle.

Die französischen Anleihepläne.

Frankfurt, 23. Februar. (Wib) Bezüglich des Anerbietens französischer Interessenten an das englische Kapital zwecks Ausbeutung des Ruhrgebietes erklärt der Londoner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ zuverlässig, daß die französische Regierung dahinter stehe und französische Agenten der englischen Gruppe mitteilten, daß die Regierung die Garantie für den französischen Plan zu übernehmen bereit sei. Die Verhandlungen gehen weiter.

Gewerkschaftsbewegung

Aus dem Organisationsleben der Eisenbahner.

Am kaiserlichen Deutschland gab es unter den Eisenbahnern so gut wie keine gewerkschaftliche Organisation. Geselligkeits- und Pensionsvereine, die ihre „Kaisertreue“ in den Satzungen festgelegt hatten, dominierten und erfreuten sich jeglicher Förderung durch die Eisenbahnverwaltungen. Eine Ausnahme bildete der unter Anlehnung und teilweise auch unter direktem Anschluß an den Deutschen Transportarbeiterverband entstandene Verband der Eisenbahner, der im Jahre 1916 unter Beihilfe der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und besonders ihres Vorsitzenden Carl Legien als **Deutscher Eisenbahner-Verband** selbstständig wurde und bis heute besteht. Die Hauptstärke des Deutschen Eisenbahner-Verbandes liegt darin, daß er als Einheitsorganisation für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichsbahn eine einheitliche und energische Interessenvertretung ist.

Neben dem Deutschen Eisenbahner-Verband bestehen noch einige beachtenswerte Verbände. Für die Beamten und Beamtenanwärter der Reichsbahn besteht die von mehreren selbstständigen Fachgewerkschaften und einigen in Fachabteilungen erfassten Einzelmitgliedern zusammengesetzte Reichsgewerkschaft **Deutscher Eisenbahnbeamten** und deren Anwärter, die ursprünglich dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen war, sich aber im vorigen Jahre von ihm trennte und bei der Errichtung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes aktiv mitwirkte. Die Reichsgewerkschaft ist noch in der Umstellung begriffen. Ihre derzeitigen Hauptleiter bemühen sich für eine Umgestaltung, damit an die Stelle der noch selbstständigen Fachgewerkschaften überall die Einzelmitgliederschaft tritt.

Weiter besteht die **Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner**, eine dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossene Gruppe, die auch den Gedanken der Einheitsorganisation für die Eisenbahner als richtig anerkennt, sich aber noch nicht den freigewerkschaftlichen Grundrissen anzupassen vermag. Endlich ist noch der **Allgemeine Eisenbahner-Verband** zu nennen, der sich an den Deutschen Gewerkschaftsring anlehnt. Es haben aber weder AEW noch Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner die Bedeutung, die sie selbst sich beilegen. Bei der vorjährigen Wahl der Betriebsräte bei der Eisenbahn wurden für die Listen des Deutschen Eisenbahner-Verbandes rund 300 000, für die Listen der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner rund 45 000 und für die Listen des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes rund 35 000 Stimmen abgegeben.

Alle dem Deutschen Eisenbahner-Verband entgegenwirkenden Eisenbahnerverbände nennen sich „politisch neutral“, im Gegensatz zum Deutschen Eisenbahner-Verband, der sich nicht so nennt, sondern **wirklich politisch neutral** ist.

In dem Sinne, daß er Anhänger aller politischen Parteien zu seinen Mitgliedern zählt und von keiner politischen Partei abhängig ist. Diese Sonderstellung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes nehmen die Anhänger der kommunistischen Partei zum Anlaß des Ansturms. Sie wollen nicht mehr und nicht weniger, als den Deutschen Eisenbahner-Verband zu einem gefügigen Werkzeug ihrer Partei machen. Obwohl die Eisenbahner keine langjährige gewerkschaftliche Erfahrung besitzen, haben sie doch bisher allen Lockungen der Moskauer Apostel widerstanden und werden das auch ferner tun. Einer der von der KPD. unternommenen unterirdischen Angriffe ist jetzt durch besonderen Umstand bekannt geworden. Es lohnt sich der Mühe, den Vorgang in einigen Strichen zu zeichnen.

Im Jahre 1911 trennte sich vom AEW. eine Gruppe von Mitgliedern unter dem Vorzeichen, daß sie in besonderen Berufsorganisationen ihren Interessen mehr dienen könnten. Es entstanden verschiedene kleine Verbände, die unter der Führung von Riendorf im „Gewerkschaftsring Deutscher Staats-Handwerker, Arbeiter, Fach- und Spezialverbände“ vereint wurden. Zur Zeit der höchsten Blüte dürfte dies Kartell reichlich 50 000 Mitglieder umfaßt haben. Seine Unfähigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete mußte seinen Zerfall herbeiführen. Das Kartell versuchte immer wieder und immer vergebens, Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen zu erhalten. So vegetierte das Kartell bis zu dem bekannten Streik der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten zu Beginn des vorigen Jahres. Der Deutsche Eisenbahnerverband verurteilte den Streik und entfesselte dadurch ein Reststreiken gegen seine angeblich im Dienste des Kabinetts Wirts stehenden Führer. Die große Zeit der Ernte dieses für das Kartell gekommenen zu sein und schnelligst wurde Vorlesung getroffen.

die Massen aufzufangen.

Der Apparat war anscheinend ziemlich gut: Es wurde eine neue Reichsgewerkschaft der Eisenbahnhandwerker und „Arbeiter“ gebildet, kurz **RWA** genannt, zu der das Kartell den Grundstock an Mitgliedern lieferte. Die für die Reorganisation nötigen Mittel lieferte die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, deren Leitung damals in ziemlich scharfem Gegensatz zur Leitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes stand. Man glaubte eine neue von keinem AEW, DGB. oder Gewerkschaftsring zu beeinflussende Eisenbahnerorganisation schaffen zu können und bediente sich zu dem Vorhaben nicht sehr sauberer Mittel und Personen.

Unter der Beihilfe dieser Kräfte wurde das neue Gebilde **RWA** ins Leben gerufen. Als Leiter der RWA fungierte ein bis dahin unbekanntes Blatt, ein Mann namens Koch, dessen besondere Fähigkeit darin bestand, daß er als Mitglied der kommunistischen Partei sich an die Stelle setzen ließ, die für ihn ausgesucht war. Im engsten Einvernehmen mit der kommunistischen Gewerkschaftszentrale hat Koch versucht, das neue Gebilde zu einem brauchbaren Instrument der KPD. zu machen. An Agitation ließ man es nicht fehlen, aber diese Agitation bestand ausschließlich in der Verunglimpfung der Amsterdamer Leitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes. Aber die ganze Mühe war umsonst, die großen Geschäfte, die oft mehr als dunklen Ursprung hatten, waren vergeblich.

Es war bisher wenig bekannt, was sich bei der famosen Gründung der RWA im Dunkel abspielte. Erst vor kurzer Zeit wurde der Schleier gelüftet durch einen Brief des früheren Kartellvorsitzenden Riendorf, in dem er seinen Austritt aus der RWA mitteilt und in dem er seine Gründe dafür bekannt gibt. Zwar wehren sich die „Kote Fahre“ als Sprachrohr der KPD. und auch andere, die in dem Briefe allzu deutlich gekennzeichnet wurden, dadurch, daß sie über Lügen und Unsinn schreiben. Aber die Tat-

sache werden sie nicht aus der Welt schaffen können, daß es sich um einen planmäßigen ergebnislosen Versuch der KPD. und ihrer jungen Leute handelte, das Schicksal einer großen freien Gewerkschaft im Moskauer Sinne zu befehlen. Moskauer weiß, daß der entscheidende Einfluß auf die organisierten Eisenbahner die Herrschaft über das deutsche Wirtschaftsleben bedeutet. Um dieses Ziel kämpft die KPD. Die deutschen Eisenbahner werden sich für diese Idee nicht lassen lassen, sondern festhalten an ihrer Einheitsorganisation,

dem **Deutschen Eisenbahner-Verband**.

Eine infame Fälschung.

Unter der Überschrift „Die innere Umstellung“ der **Unternehmer** veröffentlichten wir in Nr. 69 des „Vorwärts“ vom 10. Februar ein als „vertraulich“ bezeichnetes „Rundschreiben“, das von einem angeblichen „Deutschen Arbeitgeberverband für Industrie, Gewerbe, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr“ unterm 21. Januar 1923 „an die Herren Geschäftsführer der örtlichen Arbeitgeberverbände Schlesiens“ verfaßt worden sein sollte.

In Nr. 75 des „Vorwärts“ („Eine tendenziöse Fälschung“) und Nr. 79 („Die innere Umstellung“ der **Unternehmer**) haben wir von den Erklärungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Kenntnis, die das angebliche Rundschreiben als eine Fälschung bezeichneten. Da uns der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes das Manuskript übermittelt hatte, im guten Glauben versicherte, daß das Rundschreiben existiere („Vorwärts“ Nr. 83), mußten wir uns bei der Klarstellung der Angelegenheit auf die Ermittlungen des Textilarbeiterverbandes verlassen. Der Hauptvorstand des Verbandes sandte einen Vertreter nach Schlesien, wo sich das Original des Rundschreibens befinden sollte. Ueber das Ergebnis seiner Nachforschungen teilt uns der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes nunmehr mit, daß

das angebliche Rundschreiben eine Fälschung

ist. Ein Jahrzehntlang in der Gewerkschaftsbewegung lebender Angestellter eines anderen Verbandes hat dieses Rundschreiben dem Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes in einer Form mitgeteilt, die an der Echtheit um so weniger einen Zweifel aufkommen ließ, als der Übermittler bisher als durchaus zuverlässig galt.

Aus welchen Motiven heraus der Fälscher gehandelt hat, ob und von welcher Seite er einen Auftrag dazu hatte, wird sich hoffentlich bald herausstellen. Wir bedauern außerordentlich, gleich dem Textilarbeiterverband dem Substanz zum Opfer gefallen zu sein und bitten daher sämtliche Partei- und Gewerkschaftsblätter, die das „Rundschreiben“ veröffentlichten, davon Kenntnis zu nehmen, daß es eine Fälschung war. So unangenehm diese Feststellung auch ist, ist sie immerhin besser als ein wirkliches derartiges Rundschreiben.

Die Kommunisten gegen den Holzarbeiterverband.

Am Montag sind die Wahlen im Holzarbeiterverband. Da die Kommunisten in ihrer bekannten Bescheidenheit sämtliche Posten mit ihren Anhängern besetzen und so den ganzen Verband erobern möchten, vertreiben sie ein Flugblatt. Darin sind Forderungen enthalten, die längst vor der Revolutionszeit des Kommunismus in Rußland von den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei vertreten wurden, Forderungen, die derart reaktionäre sind, daß auch die Christlichen und die kirchlich-Dunklerischen Gewerkschaften sich ihnen schon angeschlossen haben. Es gehört jedoch zu den taktischen Kniffen der Weltrevolutionärs, ihre Agitationsforderungen in solche Forderungen einzuschichten, um auf diese Weise Dumme zu fangen.

So wird u. a. auch die Bewaffnung der Arbeiter gefordert. Wir sind im Weltkriege damit mit Waffen ausgerüstet worden, daß wir für immer genug davon haben. Die Kommunisten zumal sind die Lehnen, die Waffen in die Hände bekommen dürfen. Denn nach allen ihren bisherigen Leistungen ist zu befürchten, daß sie dieselben zunächst beim „Reinigungsakt“ in den Verfallungen und Betrieben benötigen, um ihren Parolen mehr Nachdruck zu verleihen. Was hat schließlich aber die Forderung der Bewaffnung mit den Wahlen im Holzarbeiterverband zu tun? Auch ein von den Kommunisten „erobertes“ Holzarbeiterverband könnte diese und andere Forderungen unmöglich erfüllen. Die Holzarbeiter haben in ihrer Organisation die Waffen, die sie gebrauchen, und keinesfalls die Absicht, mit Werkzeugen Zustände erzwingen zu suchen, die sie auf friedlichem Wege nicht erreichen. Unerfindlich ist auch, was unsere Wahlen mit der Bildung einer „Arbeiterregierung“ zu tun haben, die von denselben Parteigängern gefordert wird, die jede Arbeiterregierung, wie das Beispiel in Sachsen zeigt, in geschäftigster und niedrigster Weise bekämpfen, die vor lauter Beschimpfungen der aus Arbeiterkreisen herorgegangenen Regierungsbeamten nicht einmal Zeit übrig haben, um bürgerliche Regierungsvertreter zu kritisieren.

Die „Einheitsfront“ nimmt sich besonders übel aus im Munde derer, die die gewerkschaftliche Einheitsfront unabhängig unterminieren und zu zerstören suchen, um aus ihren Trümmern eine kommunistische Einheitsfront zu schaffen, falls sie nicht zuvor eine falsche „Einheitsfront“ herausbeschworen haben. In der Leitung des Holzarbeiterverbandes mögen auch Kommunisten ihrer numerischen Stärke entsprechend mitarbeiten. Aber die Organisation darf ihnen nicht ausgeliefert werden.

Deshalb ist es notwendig, daß alle Parteigenossen bei der Wahl auf dem Posten sind und mitarbeiten. Am Sonntag um 10 Uhr tritt der erweiterte Verbandsausschuß mit den Vertretern der Bezirke und Branchen und ihren Stellvertretern zu einer außerordentlichen Sitzung bei Schilling, Rungestraße 30, zusammen.

Drohender Lohnkampf in der Eisenindustrie.

In der Verfassung der Funktionäre der Eisenindustrie am Donnerstag berichtete Koch vom Fabrikarbeiterverband, daß die Lohnverhandlungen für die Zeit vom 16. bis 28. Februar gescheitert sind. Die Fabrikanten wollten anscheinend einen Kampf unter allen Umständen, denn sie erklärten, erst dann „Entgegenkommen zeigen zu können“, wenn die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer von der „ungeheuren Forderung“ (Erhöhung der bisherigen Löhne um 100 Proz.) zurückgehen würde. Da die Verhandlungskommission dieses Ansuchen zurückweisen mußte, geben die Arbeitgeber die Erklärung

ab, daß sie dann jede Erhöhung der Löhne ablehnen werden. Der Bezirksausschuß kam zu keinem Spruch. Am Dienstag soll der Zentralausschuß in dieser Angelegenheit beraten.

In der darauf folgenden regen Diskussion erklärten alle Redner, daß, wenn die Seifenfabrikanten durchaus den Kampf haben wollen, man eben diesen Weg beschreiten müsse, um sich auskömmliche Löhne zu verschaffen. Seit Jahren sehen die Herren angeblich Geld zu, um nur die Fabrikation „im Interesse der Arbeiter“ aufrechtzuerhalten. Sinkt die Mark, dann jammer die Herren, „sie müßten die Fabrikation einstellen“; steigt sie aber, wollen sie zuerst die „ungeheuren Verluste“ wieder weit machen; ergeben sich Anzeichen dafür, daß vielleicht eine Stabilität der Mark eintreten könnte, dann ist das „der Untergang der Seifenindustrie“.

Allen den Seifenarbeitern ist es nicht möglich, mit einem Stundenlohn von 793 M. ihre Familien zu ernähren. Selbst wenn die Forderung vollaus bewilligt würde, wäre das Existenzminimum immer noch nicht erreicht. Ein Redner wies treffend auf die ungeheuren hohen Preise der Seife hin und ersuchte die Branchenleitung, eine Aufstellung zu machen, aus der zu ersehen ist, daß die geringen Lohnerhöhungen wirklich nicht dazu beigetragen haben, daß Seife nur zu unerschwinglich hohen Preisen zu haben ist. Sollte der Zentralausschuß ebenfalls zu keinem Spruch kommen, scheint ein harter Kampf in dieser Industrie unvermeidlich. Wir kommen in den nächsten Tagen noch einmal auf diese Angelegenheit zurück.

Eine Abfuhr.

Eine Betriebsversammlung der Bergmann-Werke, die am Donnerstag nachmittag in den „Pharusälen“ stattfand, beschloß sich zunächst mit den bevorstehenden Betriebsratswahlen. Siebel berichtete hierüber, daß eine Einigung der Parteien über die aufzustellenden Kandidaten bisher nicht zustande gekommen sei. Betriebsrat Janna (WSPD.) erklärte, daß die zu dieser Partei zählenden Kollegen auf die von den Kommunisten gestellten Einigungsvorschläge nicht eingehen könnten. Mit langen Resolutionen und Aufstellung recht vieler Punkte werde wenig erreicht und durch Schimpfen erst recht nichts. Die sozialdemokratische Kollegenschaft wolle praktische Arbeit in den Betrieben leisten, sie richte sich nach der freigewerkschaftlichen Betriebsratszentrale und den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses. — Im gleichen Sinne sprach sich Barzuschel aus. Weniger Theorie, aber mehr Praxis sei erforderlich, planmäßiges Arbeiten auf freigewerkschaftlicher Grundlage. Der kommunistische Betriebsrat könne auch nur mit Wasser lachen.

Hierauf wandte sich der Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Koch, gegen einige Ausführungen des Kommunisten Hedert in einer vorausgegangenen Betriebsversammlung der Bergmann-Werke. Hedert habe den Vorwurf erhoben, daß die Amsterdamer Gewerkschaften keinen Generallstreik wollen. Das sei nur bedingt zutreffend und von der Aussicht auf Erfolg abhängig. Hedert hat von einem „kapitalistischen Zusammenbruch“ gesprochen, dabei ist der Kapitalismus kräftiger denn je emporgewachsen und bedrohlicher für die Ausbeutung der Arbeiter geworden. Den Gewerkschaften macht Hedert zum Vorwurf, die ihnen zu radikal erscheinenden Mitglieder auszuschließen. Die Gewerkschaften richten sich aber nach ihrem Statut und können nicht dulden, daß dieses mißachtet wird. Uebrigens werden sie im Ausschließen von der kommunistischen Partei weit übertrieben, denn diese geht dabei viel rigoros vor. Der Vorwurf, mit den Arbeitsgemeinschaften zu verhandeln, ist, soweit der Metallarbeiterverband in Frage kommt, ebenfalls ganz unbegründet. Augenscheinlich wird hier Arbeitsgemeinschaft mit Tarifgemeinschaft verwechselt. Hedert muß aber diesen Unterschied doch kennen.

Die Ausführungen des Redners wurden von den sozialdemokratischen Kollegen mit Beifall aufgenommen. Als Hedert, mit einem großen Pappebündel versehen, sprechen wollte, hatten die Versammlungsteilnehmer bereits den Saal verlassen. Sie hatten genug von den kommunistischen Zerstörern.

Wiedererwachen der Gewerkschaftsbewegung in Italien.

Trotzdem die öffentliche Sicherheit, von Rede- und Pressefreiheit ganz zu schweigen, in Italien immer noch eine sehr zweifelhafte Sache ist, beginnen die freigewerkschaftlichen Organisationen mit der Neuorganisation des gewerkschaftlichen Lebens. Der Allgemeine italienische Gewerkschaftsbund hat die Leitung hierzu in die Hand genommen und den Grundsatze aufgestellt, daß jede organisatorische Verbindung mit irgend einer politischen Partei unzulässig sei. In Turin und Genua wurden unter Mitwirkung des Gewerkschaftsbundes die Arbeitskammern neu konstituiert und ihr territorialer und sachlicher Aufgabekreis festgelegt. Es ist bezeichnend, daß sich in diesen beiden ehemaligen Hochburgen des Kommunismus die Mehrzahl der ehemals angeschlossenen Organisationen auf dem Boden der freigewerkschaftlichen Arbeit wieder zusammengefunden hat.

Nachdem sie durch den Schaden klug geworden ist, den die Kommunisten angerichtet haben, und der erst in langjähriger Arbeit unter ungünstigeren politischen Verhältnissen wieder gutgemacht werden kann.

WSP-Mitglieder der Metallindustrie. Sonntag vormittag 9½ Uhr. Sozialhaus Friedrichshain. Am Friedrichshain 15-17, großer Saal. Versammlung. **Koch** über das Kampf! Bericht über die weiteren Verhandlungen im RWA. **Assmels:** Mitgliedschaft des DGB. **Wahl** und **DGB**.

Deutsche Pflanzgewerkschaft. Versammlung der Generalsammlung am Sonntag nachmittag 10 Uhr im „Alten Kabaner“, Anhalterstr. 11.

Verantwortlich für den Inhalt: **Walter Schill.** Berlin: für Anzeigen: **Ed. Glöck.** Berlin. Verlag **Vorwärts-Verlag** G. m. b. H. Berlin. Druck: **Formatis-Druckerei** u. **Verlagsanstalt Paul Singer u. Co.** Berlin. **Einheitsstr. 3** **Merian 1** Berlin.

Bei Husten, Asthma und Lungenleiden
Sanitätsrat **Dr. Wegscheider's Brust-Tee** nach Original-Vorschrift hergest. — Zu haben: **Eisentraut-Apothek.** Berlin SW. **Leipziger Straße 74.** am **Dönhofsplatz**
Erstklassige Herrenbekleidung
Anzüge, Paletots, Schülpfer, prima Stoffe fertig und nach Maß :: billige Preise
MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

Unsere WEISSE WOCHE beginnt

am Montag, den 26. Februar 1923

Vorverkauf: Heute Sonnabend

Leipziger Strasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Im Reiche der Maschinen.

Das Staatliche Materialprüfungsamt Dahlen.

Die moderne Technik arbeitet nicht nach handwerksmäßigen Regeln, nicht die Erfahrung allein bestimmt ihr Handeln, sondern vor allem konkrete Wissenschaft, die systematisch prüft und ihre Ergebnisse in Zahlen niederlegt. Die Abmessungen der Ingenieurbauten werden nach den Ergebnissen der wissenschaftlichen Materialprüfung bestimmt, die ein Kind des neunzehnten Jahrhunderts ist. Sicher hat auch die Technik der Urzeit die Materialprüfung gekannt, aber ihre Methoden waren roh und unzuverlässig. Im Staatlichen Materialprüfungsamt in Dahlen finden wir in mustergetreuer Weise alle Einrichtungen, mit denen die in der Industrie verwendeten Materialien auf ihre Eigenschaften zweckentsprechend untersucht werden können.

Eisen auf der Folterbank.

In der Abteilung für Metallprüfung sind Festigkeitsprobiermaschinen aufgestellt, mit denen Zug-, Druck-, Biege-, Verdreh-, Anzieh- und Scherfestigkeitsversuche ausgeführt werden. Hier werden die Materialien einer furchtbaren Prüfung unterzogen, können doch Kräfte bis zu drei Millionen Kilogramm ausgeübt werden, die genügen, um auch starke Brückenkonstruktionsteile zu zertrümmern. Eine solche Festigkeitsmaschine besteht aus dem Krafterzeuger, der eine hydraulische Presse oder auch eine Schraubenspindel sein kann, die motorisch oder von Hand betrieben wird. Der hydraulische Kraft-erzeuger hat den Vorzug, die Belastungsgeschwindigkeit beliebig regulieren zu können. Und schließlich kann man mit ihm die höchsten Kräfte hervorzubringen. Ferner gehört zur Probiermaschine der Kraftmesser. Er kann als Hebel-, Reibungs- oder Federwaage ausgebildet sein. Die Messung kann aber auch auf hydraulischem Wege am Zylinder der hydraulischen Presse durch Vermittlung einer Nadel-dose erfolgen. Ein festes Maschinengestell nimmt den Probierzylinder auf, dessen Kolben nunmehr seine Kräfte mit dem zu prüfenden Material spielen läßt. Da sehen wir in einer solchen modernen Folterbank einen Flußeisenstab von 200 Millimeter Nennlänge und etwa 20 Millimeter Durchmesser eingespannt. Seine Zugfestigkeit soll bestimmt werden. Der Kraftanzeiger der Maschine zeigt die ständig wachsende Belastung an. Gleichzeitig untersucht der Beobachter wie ein Inquisitor die Formänderungen, die Dehnung des geförmerten Probierstabes, die mit einer Verminderung des Querschnittes parallel läuft. Diese Formänderungen sind mit bloßem Auge kaum wahrnehmbar. Man hat daher raffiniert konstruierte Feinmeßwerkzeuge zu Hilfe genommen. Der verdienstvolle ehemalige Direktor des Materialprüfungsamtes, Professor Martens, hat u. a. für diesen Zweck einen Spiegelapparat geschaffen, der durch Drehung eines kleinen Spiegels jede Längenänderung des Prüfstabes auf einem Maßstab anzeigt, von dem sie unter Zuhilfenahme eines mit Fadenzug ausgerüsteten Fernrohrs mit einer Genauigkeit von einem Tausendstel Zentimeter abgelesen werden kann. Der Laie glaubt im allgemeinen, daß Eisen immer unelastisch sei. Er könnte sich an dem Verhalten des Flußeisenstabes überzeugen, daß dieser bis zu einer gewissen Grenze elastisch ist, d. h., daß er seine alte Länge nach Aufhören der Belastung wieder annimmt. Ist diese Grenze überschritten, so zeigen die Feinmeßwerkzeuge eine geringe dauernde Formänderung an. Wird die Belastung des Stabes über die „Elastizitätsgrenze“ hinaus fortgesetzt, so zeigt sich an der bisher spiegelblanken Oberfläche des Stabes eine merkwürdige Veränderung; sie wird matt und spröde, es zeigen sich nebulöse Figuren, die sogenannten Flißfiguren. Der Beobachter stellt ein Radialfenster der Kraft fest. Es hat nunmehr eine erhebliche Formänderung des Prüfstabes eingeleitet. Erst wenn „das Flißen“ des Materials einen gewissen Betrag erreicht hat, muß die Belastung erneut gesteigert werden. Die Dehnung, das Recken und Strecken des Stabes nimmt immer mehr zu. Mithin zeigt die Waage eine ganz bedeutende Verminderung der Spannung, man sieht am Prüfstab eine deutliche Einschnürung an der am wenigsten widerstandsfähigen Stelle. Es kommt zur Katastrophe, der Stab zerbricht. Dabei bilden sich selten ebene Bruchstellen. Bei unserem Flußeisenstab sehen wir an dem einen Ende einen kleinen Kegel, an anderen einen Trichter. Aus diesem Versuch werden nunmehr scharfsinnige Schlüsse auf die Eigenschaften des Materials gezogen, man weiß jetzt, welche Belastung man ihm zutrauen kann.

Es hat sich jedoch herausgestellt, daß Materialien in der Praxis

oft bei geringeren Belastungen, als man ihnen auf Grund des eben beschriebenen Versuches zutraute, zerstört wurden. Dieser Tatsache wird im Materialprüfungsamt durch Dauerbelastung Rechnung getragen. Der Stab wird dabei nicht der Bruchbelastung ausgesetzt, sondern es wirken in Form von Schwingungen schwächere Kräfte auf ihn ein. Durch vielfache Wiederholungen zerstören diese Kräfte ebenfalls den Stab. Man kann diese Schwingungen mit verschiedener Geschwindigkeit — in neueren Maschinen bis zu eintausendmal in der Sekunde — wirken lassen. Man sucht bei diesem Versuch diejenige Spannung, die das Material ertragen kann, ohne bei der großen Zahl wechselnder Belastungen, wie sie im Betriebe vorkommen (z. B. bei den Erschütterungen eines Flugzeuges durch den Motor usw.), zu brechen. Die Zerstörung des Materials beginnt gewöhnlich an solchen Stellen, die mikroskopisch kleine Risse aufweisen. Im praktischen Betrieb sind ja alle Materialien einer mehr oder minder starken Dauerbeanspruchung unterworfen, und man weiß nun, warum Konstruktionsteile, die lange Zeit aushielten, und denen man daher auch keine besondere Beachtung schenkte, plötzlich versagen. Festigkeitsprobiermaschinen, die in der Privatindustrie und bei anderen Behörden Verwendung finden, werden vom Amt in ausgedehntem Maße auf die Richtigkeit ihrer Kraftanzeiger geprüft, womit die Gewähr gegeben ist, daß mit ihnen Materialprüfungen zuverlässig ausgeführt werden können.

Was der Baustein erdulden muß.

In der Abteilung für Baumaterialprüfung finden wir im Prüf-raum ebenfalls Probiermaschinen aufgestellt, von denen die größte etwa 400 000 Kilogramm Druck erzeugt. Hier wird ähnlich wie beim Eisen die Festigkeit der Baumaterialien geprüft. Die Steine usw. werden zu diesem Zweck auf besonders konstruierten Sägen in wasserförmige Blöcke zerschnitten. Aber damit allein ist die Untersuchung bei weitem nicht abgeschlossen. Die Baumaterialien sollen auch witterbeständig sein. So liegen in einem Raum viele eingelagerte Proben zur Hälfte im Wasser, während andere Stücke des gleichen Materials im trockenen auf ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber den Einflüssen der Witterung geprüft werden. Ruffestaltblöcke, die in Berlin vielfach als Baumaterial verwendet wurden, werden zurzeit auf ihre Witterbeständigkeit in der Weise geprüft, daß je ein Block in Dahlen, auf Sylt, Rügen und auf dem Brocken niedergelegt wurde, um so das Verhalten in unserer Gegend, sowie in der Seeluft, im rauchgeschwängerten Industriegebiet und in der reinen Bergluft festzustellen. Steine, besonders Dachziegel, werden ferner auf ihre Frostbeständigkeit untersucht. In einem besonderen Raum werden sie in eine Grube gesetzt und müssen dort mehrere Tage hindurch 2mal, nachdem sie mit Wasser getränkt wurden, steuern und wieder auftauen. Zuweilen zerfallen hier Steine, die alle übrigen Versuche gut überstanden, zu Pulver, und man wird sich hüten, dieses frostunbeständige Material zu verwenden. Auf dem Hofe der Anstalt liegt ein wahres Trümmerfeld von Materialien. Hier werden auch Brandversuche mit kleinen Probekörpern vorgenommen, um das Verhalten der Baustoffe im Feuer und nach dem Abbläsen zu erproben.

Das Geheimnis der Papiere.

Ein weites Tätigkeitsfeld des Materialprüfungsamtes ist die Prüfung von Papier und Textilien, die auch kriminalistisch zuweilen recht interessante Ergebnisse, die für das Schicksal von ungerechtfertigten Angeklagten von großer Bedeutung wurden, zeigten. So war einmal in einem Dorfe ein Mann ermordet worden, an dessen Tür der Mörder, um Zeit zu gewinnen, einen Zettel geheftet hatte, der von einem größeren Blatt abgerissen war, und der die Mitteilung enthielt, daß der Wohnungsinhaber vertrieben sei. Bei einem Händler, der dieses Vor-jahr zur Zeit der Tat durchwandert hatte, war ein Zettel gefunden, der genau zu dem an die Tür gehefteten paßte. Für die Justiz bestand zunächst kein Zweifel, daß man den Mörder gefunden hatte. Die Untersuchung durch das Materialprüfungsamt zeigte jedoch, daß die angeblich zusammengehörenden Papierstücke in ihrer chemischen Zusammensetzung durchaus verschieden waren. Daraus ergab sich dann die Unschuld des Händlers. Die Papierprüfungsstelle ist eingerichtet worden, weil durch Verwendung minderwertiger Beimengungen und Zusatzstoffe eine recht bedenkliche Verschlechterung des Papiers herbeigeführt wurde. Die Papiere werden daher

durch geeignete Methoden auf ihre Stoffzusammensetzung und ihre Festigkeit geprüft.

Zum Schluß möge noch der metallographischen Abteilung, die die Gefüge der Legierungen sowie ihre chemischen und physikalischen Eigenschaften untersucht, gedacht werden, sowie der gut ausgerüsteten chemischen Abteilung und der Abteilung zur Prüfung der Oele und Fette, die ebenfalls in langen und eingehenden Versuchen die Eigenschaften vieler Materialien feststellen und so der Praxis außerordentlich wertvolle Dienste leisten. Der hier zur Verfügung stehende Raum reicht bei weitem nicht aus, um die hervorragende Arbeit im einzelnen zu würdigen, die hier letzten Endes im Allgemeininteresse geleistet wird.

Die Berliner Milchwirtschaft.

Die Ernährungsdeputation beschäftigte sich gestern eingehend mit der von uns bereits angeführten Nachprüfung der Bilanz des Berliner Milchamtes. Das Hauptergebnis der langen Sitzung war, um es vorwegzunehmen, die Annahme eines sozialdemokratischen Antrages, der den Magistrat um eine Vorlage ersucht, die dem Berliner Milchamt die Möglichkeit einer kaufmännischen Bewegungsfreiheit auf wirtschaftlichem, finanziellem und personellem Gebiet für seinen Milchbetrieb gewährleisten soll, damit das Milchamt durch eine gewisse Selbständigkeit in der Lage ist, die von den Konsumenten als Zuschläge erhobenen Beiträge im Interesse der Bevölkerung so geringe Maß zu verwenden und die Verteuerung der Milch durch die nicht zu vermeidende Bearbeitung in Berlin so niedrig wie möglich zu halten.

Ausgangspunkt des Eingreifens der Ernährungsdeputation war gerade das Bedürfnis, nachzuprüfen, wie die im Laufe der Zeit ziemlich hoch gewordenen Spannen für Verwaltungs-kosten, Kannengestaltung usw. beim Milchamt verwaltet werden und ob ihre Höhe sich wirtschaftlich rechtfertigen ließ. Es stellte sich bei dieser Untersuchung heraus, daß die Bilanz per 31. März 1922 vom Milchamt deswegen nicht vorgelegt werden konnte, weil in dieser Bilanz eine Reihe von Konten früherer kriegswirtschaftlicher Stellen noch ungeklärt enthalten waren, deren Nachprüfung und endgültige Abwicklung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Vom 1. April 1922 an hatte das Milchamt eine vollkommen neu begonnene Zwischenbilanz für den 30. September vorgelegt. Der etwas robuste Vertreter der Wirtschaftspartei, Herr Müller-Franken, der in der Stadtratsordnungsversammlung abwechselnd als Vertreter des „Volkes“ und als Vertreter bestimmter Interessengruppen auftritt, hatte seinerseits die Schwierigkeiten der Abwicklung der alten Konten benützt, um gegen die Verflechtung städtischer Interessen mit der Meierei Bolle Sturm zu fachen. Die Ernährungsdeputation befragte die Abwicklung der städtischen Beziehungen zur Meierei Bolle eingehend, und es ist damit zu rechnen, daß auf Grund dieser Aussprache die in der Stadtratsordnungsversammlung eingereichten Anträge des Stadtratsordnerten Müller-Franken vorläufig noch nicht zur Besprechung kommen. Der in der Presse erhobene Vorwurf, daß die Bilanzunterlagen des Milchamtes unrichtig seien, weil das umfangreiche Inventar (vor allen Dingen die Milch-kannen der Stadt Berlin) in der Bilanz überhaupt nicht aufgeführt seien, ließ sich im Verlauf der Beratung nicht aufrechterhalten. Es stellte sich heraus, daß die Bilanzen des Milchamtes nicht Bilanzen einer normalen kaufmännischen Besitz-gesellschaft sind, sondern Bilanzen einer Berechnungs-stelle. Aus diesem Grunde war es auf der anderen Seite aber auch sehr schwierig, ein wirtschaftlich klares Bild von dem ganzen Berliner Milchbetrieb zu gewinnen, insbesondere wirtschaftlich zuverlässig nachzuprüfen, ob die von den Konsumenten aufgebrachtten Mittel in der richtigen Weise zur Erhaltung des im städtischen Besitz befindlichen Betriebsinventars verwendet werden. Es zeigte sich, daß die laufenden Mittel des Milchamtes von der Stadthauptkasse verwaltet und mit fünf Prozent (1) verzinst werden, so daß man mit einem gewissen Recht sagen kann: Bei dieser Art von Regelung tragen die Milchkonsumenten nicht zur Erhaltung der Berliner Milchwirtschaft, sondern zur Beschaffung laufender Betriebsmittel für die Kämmereikasse bei.

Diesem Zustand könnte durch die Annahme der sozialdemo-

(Nachdruck verboten. Der Volk-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

45] Aus dem amerikanischen Manuskript überf. von Julian Gumpert.
„Bist 'n guter Kerl, Chris, auch wenn du im allgemeinen ein Idiot bist.“
„In ein oder zwei Tagen werden wir wohl an die Front gehen.“
„Kolossal viel Artillerie ist die Straße da raus gezogen. Französische, britische, alle möglichen Sorten.“
„Sie gingen langsam über die Straße. Ein Motorradfahrer sauste an ihnen vorbei.“
„Solche Leute haben 'nen Spaß bei der Geschichte,“ sagte Chrisfield.
„Ich glaube, dabei hat keiner sehr viel Spaß.“
„Und wie sieht es mit den Offizieren?“
„Die sind zu sehr damit beschäftigt, sich wichtig zu fühlen, als daß sie einen wirklichen Spaß haben könnten.“

Der harte, kalte Regen schlug ihm wie Hagel ins Gesicht. Nirgendwo Licht, und kein Laut, als das Pfeifen des Windes im Grase. Seine Augen waren angespannt, die Dunkelheit um ihn herum durchdrungen, so angespannt, bis rote und gelbe Flecken ihm vor den Augen tanzten. Er ging sehr langsam und sorgfältig und hielt irgend etwas sehr behutsam in seiner Hand unter dem Regenmantel. Er fühlte sich voll einer seltsamen, unterdrückten Wut. Es schien, als ob er hinter sich selbst hergehe und seine eigenen Bewegungen beobachte, und was er sah, machte ihn schreiend glücklich, so daß er den Wunsch verspürte, zu singen. Er wandte sich, so daß der Regen ihm auf die Backen schlug. Unter seinem Helm fühlte er sein Haar voll Schweiß, der sich mit dem Regen in seinem brennenden Gesicht mischte. Seine Finger umklammerten sorgfältig das Ding, das er in der Hand hielt. Er stoppte und schloß die Augen für einen Augenblick. Durch das Pfeifen des Regens hindurch hörte er Männer in ihren Unterständen sprechen. Als er die Augen schloß, sah er das weiße Gesicht von Anderson vor sich mit dem unrasierten Kinn und den Augenbrauen, die über der Nase umrammelt waren. Pöhllich fühlte er die Mauer eines Hauses vor sich. Er streckte die Hand aus. Seine Hand zog sich sofort von dem rauhen, nassen Teerpapier zurück, als ob sie auf etwas Totes gestoßen sei. Er tastete sich

sehr vorsichtig an der Wand entlang. Wirre Sätze kamen ihm in den Sinn. Ohne zu denken, was damit gemeint sei, formten sich die Worte: „der Welt die Demokratie erkämpfen.“ in seinem Kopfe. Sie beruhigten sehr, sie bändigten seine Gedanken. Er sagte sie sich immer und immer wieder. Inzwischen griff seine freie Hand sorgfältig an den hölzernen Fensterrahmen herum. Die Latenteile öffneten sich, freiläut laut beim Öffnen, lauter als der Regen, der auf die Dächer fiel. Ein Wasserstrom ergoß sich vom Dach her auf sein Gesicht. Pöhllich veränderte ein Streifen Licht alles. Die Dunkelheit war mitten entzwei geschnitten. Der Regen glitzerte wie ein Bettvorhang. Chrisfield sah ein kleines Zimmer, worin eine Lampe brannte. An einem Tisch, der mit gedruckten Blättern verschiedener Größe bedeckt war, saß ein Korporal. Hinter ihm eine Bettstelle und ein Haufen Ausrüstungsgegenstände. Der Korporal las ein „Magazin“. Chrisfield sah ihn lange Zeit an. Seine Finger umschlossen fest einen glatten Stock. Niemand sonst war im Zimmer. Eine Art Vanille erfasste Chrisfield. Er marschierte geräuschvoll vom Fenster weg und schob die Tür auf.
„Wo ist Sergeant Anderson?“ fragte er atemlos.
„Der Korporal ist da, wenn es irgendwas Wichtiges gibt. Anderson ist nicht hier. Vorgestern ist er abgefahren.“
Chrisfield stand wieder draußen im Regen. Er schlug ihm gerade ins Gesicht, so daß seine Augen voll Wasser liefen. Er zitterte. Pöhllich erfasste ihn Schrecken. Der glatte Stab, den er hielt, schien zu brennen. Er ging geradeaus, die Straße hinunter, immer schneller und schneller, als ob er irgend etwas zu entfliehen versuchte. Er stolperte über einen Haufen Steine. Automatisch zog er die Handgranate ab und warf sie weit weg. Dann war es einen Augenblick ruhig. Da spritzte plötzlich eine rote Flamme aus dem weichen Feld auf. Er fühlte das scharfe Krachen in der Erd. Er ging schnell weiter durch den Regen. Hinter sich, an der Tür des Hauses, konnte er erregte Stimmen hören. Er sehte seinen Weg unbefürmert fort. Der Regen machte ihn fast blind. Als er endlich im Licht anhielt, war er so geblendet, daß er gar nicht sehen konnte, wer im Weinladen war.
„Run, Chris?“ fragte Andrews Stimme.
Chrisfield wusch sich den Regen mit den Wibern aus den Augen. Andrews sah mit einem Haufen von Papier und

*) Willians Worte im Kongreß zur Begründung der Kriegs-erklärung.

einer Champagnerflasche da und schrieb. Andrews Stimme, beruhigte die Nerven, so schien es Chrisfield. Er wußte, er würde immer weiter so sprechen, ohne Pause. „Du bist ein richtiger Vollblutidiot,“ fuhr Andrews leise fort. Er nahm Chrisfield am Arm und brachte ihn in das kleine hintere Zimmer, wo ein großes Bett mit einer braunen Decke war und ein kleiner Küchentisch, auf dem die Reste einer Mahlzeit standen.

„Was ist denn los? Dein Arm zittert ja wie der Teufel, Warum. . . Oh, pardon, Crimpe, dies ist ein Freund von mir. Du kennst Crimpe, was?“ Er wies zu einer jungen Frau, die am Bett saß, hinüber. Sie hatte ein roßiges Gesicht und violette Schatten unter den Augen und aufgelöstes Haar. Ein schmutziges graues Wollkleid, das halb offen stand, hielt ihre großen Brüste und ihre etwas dicke Gestalt schlecht zusammen. Chrisfield sah sie gierig an und fühlte, wie sich seine Wut in ein einziges Begehren entlud.

„Sag mal, Andy, wird die . . .“ fragte er mit eifriger Stimme.

„Ich denke schon. Aber was ist denn mit dir, Chris, du bist wohl verrückt, das Lager ohne Erlaubnis zu verlassen.“
„Nach daß du rauskommst, Andy. Bin nicht deiner Art. Nach daß du rauskommst.“
„Du bist ein wilder Kerl, wollen einen trinken.“
„Nix jezt.“

Andrews sah da mit seiner Flasche und seinen Papieren, schob die zerbrochenen Teller weg, um auf dem fettigen Tisch Platz zu machen, nahm einen Schluck aus seiner Flasche, steckte dann das Ende seines Pfeifstiftes in den Mund und starrte schwer auf das Papier.

„Rein, im Grunde bin ich doch wie du, Chris,“ sagte er über die Schulter. „Nur man hat mich zahm gemacht. O Gott, wie zahm bin ich!“

Chrisfield hörte nicht auf das, was Andrews sagte. Er stand vor der Frau und starrte ihr ins Gesicht. Sie sah ihn bläde und erschrocken an. Er kramte in den Taschen nach etwas Geld. Da er gerade seinen Sold bekommen hatte, hatte er eine Fünzig-Frank-Rote bei sich. Er breitete sie sorgfältig vor ihr aus. Ihre Augen glitzerten, die Pupillen schienen kleiner zu werden, da sie sich auf das kleine, farbige Stück Papier festseten. Pöhllich ergriff er es, zerritterte es und steckte es brutal zwischen ihre Brüste. Sie grinste automatisch und begann ihr Kleid zu öffnen. Etwas Rot war auf ihren dicken Backen erschienen.

Freiwilligen Vorschläge durch den Magistrat ein Ende gemacht werden. Es würde dann bei der Ernährungsdeputation ein Wirtschaftsbetrieb geschaffen werden, der formal ähnlich unabhängig wäre wie z. B. das Berliner Aufschlagsamt auf anderem Gebiet. Es bleibt nur zu hoffen, daß eine solche wirtschaftlich unbedingte notwendige Regelung bald getroffen wird. Auch die Leiter des Milchamtes bestätigten aus ihrer Erfahrung, daß eine größere Freiheit nicht nur auf finanziellem, sondern auch auf personellem Gebiet für die Wirtschaftlichkeit des Milchbetriebes von ausschlaggebender Bedeutung wäre.

Um den „Jungferkranz“.

„Da streiten sich die Deul' herum.“

Um einen Nymphenkranz drehte sich eine des Humors nicht entbehrende Privatbeleidigungsklage, die das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Als eine Frau K. nach ihrer Teuerung mit ihrem Neuwermählten nach ihrer Wohnung in der Frankfurterstraße zurückkehrte, hing als Hohn auf ihren Nymphenkranz zu ihrer hellen Empörung an der Wohnungstür ein riesiger Strohkranz. Da die junge Frau gehört hatte, daß eine im gleichen Hause wohnende Frau G. mit dem Küster der Herz-Jesu-Kirche darüber gesprochen haben sollte, daß Frau K. den Jungferkranz nicht verdienen und man ihn ihr herunterreißen müsse, richtete sie ihr Verdacht sofort auf die Nachbarin, und der Chemann strengte gegen diese eine Klage an. Die hitzige Debatte vor dem Richter brachte den üblichen Hauskrassheiten zutage. Frau K., die bereits als Mädchen in dem gleichen Hause gewohnt hatte, war mit den übrigen Hausbewohnern grimmig verfeindet. Frau G. soll nun, nach Behauptung der Privatklägerin, um sich zu rächen, zum Küster gelaufen sein, damit dieser dem Pfarrer mitteilen sollte, daß die Braut kein Anrecht auf den geschlossenen Nymphenkranz habe, da sie bereits vor ihrer Ehe ein Kind zur Welt gebracht und die Geburt eines zweiten Kindes verhindert habe. Die Beklagte erklärte, daß sie diesen Schritt nur aus religiösen und moralischen Bedenken heraus unternommen habe. Während der Vertreter der Klägerin Bestrafung beantragte, erbot sich die Gegenpartei, den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen zu führen. Wer weiß, was für Indiscretionen noch zum Vorschein gekommen wären, wenn nicht auf einen Bohlen des Vorstehenden der Chemann kurzerhand die Sache mit den Worten beendet hätte: „Ich will meine Ruhe haben! Ich nehme die Klage zurück.“ Das Verfahren mußte daher auf Kosten des Klägers eingestellt werden. — Der Chemann wird sich hoffentlich in Zukunft nicht mehr um den verächtlichen Hauskrassheiten kümmern, dann hat er wenigstens nicht umsonst die Kosten bezahlt.

Das vertauschte Eui.

In einem Juweliergeschäft in der Großen Frankfurter Straße erschien ein elegant gekleideter junger Mann und verlangte, Kavaliertouren zu sehen. Er kaufte eine Kette und ließ sich dann noch größere Brillantringe zeigen. Er erklärte, Deutschamerikaner zu sein, aus San Francisco zu stammen und erwähnte noch besonders, daß er sich nur vier Tage in Berlin aufhalte, um alsbald nach Amerika abzureisen.

Im Laufe des Vorgehens der Ware ließ sich der vermeintliche Käufer ein Stückchen Seidenpapier, das hinter dem Bandstich zum Einwickeln der Ware aufgehängt ist, geben, um die Verhältnisse darzulegen. Damit er sie besser betrachten könne. Er ließ auch den gewählten Brillantring einpacken und von demselben Seidenpapier, das zum Einwickeln der Ware benutzt wurde, erbat er sich ein Stückchen. Er richtete an den Juwelier die Frage, ob dieser das Geld auch in Dollarnoten nehmen würde; seine Frau wäre in einer Bekleidung der Nachbarin. Als alles fertig gemacht war, bat er um eine Rechnung. Als der Juwelier mit der Ausstellung der Rechnung beschäftigt war, bemerkte der Käufer, daß er noch einmal nach seiner Frau sehen wolle. Den Augenblick, in dem er nach dem Papier griff, benutzte er, das Brillantringeui gegen ein gleichartiges mitgebrachtes leeres Eui auszuwechseln, das er in das von dem Juwelier kurz zuvor erzielene Seidenpapier schon in der Tasche eingewickelt hatte. Von Argwohn ergriffen, bemerkte der Inhaber alsbald den Betrug. Es gelang nach einer anstrengenden Jagd, die vom Straßberger Platz bis zur Blumenstraße führte, den Gauner festzustellen und einem Sicherheitsbeamten zu übergeben. In seiner Tasche befanden sich noch mehrere Euis aus ähnlichen Diebstählen. Der Verbrecher wurde schließlich als ein aus Moskau stammender Russe entlarvt.

Die Aufwandsentschädigung der Magistratsmitglieder

Der Befragungsausschuß der Stadtwahlordnungsversammlung beschäftigte sich gestern mit der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Magistratsmitglieder. Es besteht kein Zweifel, daß diese Funktionszulagen, die vor Jahresfrist festgelegt sind (monatlich 880 bis 3300 M.), in keiner Weise mehr dem Stand der jetzigen Geldentwertung entsprechen. Um eine entsprechende neue Anstellung zu vermeiden, schien es angebracht, auch hier wie bei den Gehältern überhaupt eine geltende Skala festzusetzen. Hierbei wurde seitens der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion betont, daß eine grundsätzliche Veränderung der Befolungsordnung Abstand nehmen müsse. Bekanntlich waren die Gehälter der obersten Gruppen seinerzeit gegen den Willen und Widerstand der sozialdemokratischen Fraktion festgesetzt worden. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß die unzulässige Auswertung der jetzigen Befolungsordnung und der Praxis der projektivierten Zuschläge es der Sozialdemokratie unmöglich mache, den Befolungsindex nur auch noch einfach schematisch auf die Aufwandsentschädigung zu übertragen. Dabei würde etwa bei dem Gehalt des Oberbürgermeisters zu dem planmäßigen Februargehalt von 1½ Millionen noch ein Aufwandszuschlag von 280 000 Mark kommen. Dies erscheint mit Rücksicht auf die Finanzen der Stadt und die Gehälter der unteren Befolungsgruppen schlechterdings untragbar. Da aber die Aufwandsentschädigung nur einmal — gegen den Wunsch und Willen der Sozialdemokratie — besteht, so wurde vorgeschlagen, diese Zulage prozentual auf 3 Proz. des jetzigen Gehalts zu bemessen (statt 20 Proz. bei schematischer Angleichung). Dieser Vorschlag wurde schließlich unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge angenommen. Daß der kommunistische Vertreter auch in diesem tatsächlichen Erfolg der sozialdemokratischen Vertreter noch einen „Berrat“ sah, mag nur der Vollständigkeit halber bemerkt sein. Er hätte es offenbar lieber den Bürgerlichen überlassen, Gehälter und Aufwandsentschädigungen nach ihrem Gutmäßen festzusetzen!

Die „Dotzauer“. Die hatten in Nr. 69 des „Vorwärts“ vom 6. Februar über die Aushebung von Nepp- und Spießbüchsen berichtet. Dabei wurde u. a. mitgeteilt, daß Kriminal- und Schutzpolizeikommissar des Lokal „Dotzauer“ in Schöneberg in der Hauptstraße ausgehoben hätten. Es handelt sich jedoch nicht um das Lokal „Dotzauer“ in Schöneberg, sondern um das den gleichen Namen tragende Lokal in Pestenberg.

Beschwerden Das unzufriedene Berlin Vorschläge

So wird Siedlern geholfen.

Das Gelände der ehemaligen Schießstände Ruhleben ist von uns Angehörigen der minderbemittelten Bevölkerungsschichten aus Groß-Berlin durch Vermittlung der Charlottenburger Baugenossenschaft e. V. m. b. H. erworben worden. Auf dem Gelände wollen wir uns unter Einziehung der Selbsthilfe ein Eigenheim errichten, damit wir aus dem zum Teil geradezu trostlosen Wohnungsverhältnissen erlöst werden. Die Einziehung in neue Mietkasernen — hier Reihenhäuser — lehnen wir ab. Aus diesem Grunde werden uns am Siedlungsamt Berlin Baukostenzuschüsse nicht in Aussicht gestellt, weil bei den geringen Mitteln „Reihenhäuserbauten“ den Vorrang haben dürften. Um die dringende Wohnungsnot unter uns zu beseitigen, beabsichtigen wir innerhalb des vorgelegenen Bauprogramms die Nebengebäude für je zwei Nachbarn zusammen zu erbauen und vorläufig in diesen je eine Wohnung von 2 Stuben und einer kleinen Küche einzurichten. Auskünfte des Siedlungsamtes: „Hierfür gibt es keine Baukostenzuschüsse, man möge reichere Häuser bauen.“ Da uns für die geplanten Bauten keine Zuschüsse in Aussicht gestellt werden, heißt es, sich selbst helfen oder in den alten Wohnungsverhältnissen verkommen. Um etwas Hilfe zu erhalten, haben wir den Minister für Forsten usw. uns von dem auf unseren Vorklagen noch stehenden Waldbestand (viel Holz) zu verkaufen, daß wir den Holzbedarf für die kleinen Gebäude decken können, und ersuchten, den Preis derart festzusetzen, daß wir den Friedenspreis, bereinigt mit der Verhältniszahl zwischen dem Friedenslohn und dem heutigen Lohn eines Arbeiters, zu zahlen haben, da wir annehmen, daß sich die Regierung doch latin an dem unverkäuflichen Holzbestand der heutigen Zeit beteiligen will. Antwort: „Die Abgabe von Holz unter Tagespreis muß grundsätzlich abgelehnt werden, man möge sich an die „Märktliche Heimstätte“ wenden, der Holz für Siedlungsbauten zur Verfügung gestellt ist.“ Antwort der „Märktlichen Heimstätte“ auf unsere Vorstellungen: „Wir können euch kein Holz abgeben, da auch keine Baukostenzuschüsse zur Verfügung gestellt sind.“ Das Ergebnis der Bemühungen ist jedoch: Keine Zuschüsse und kein Holz. Die Siedler erleben hier also das Trauerspiel, daß sie, die sich mitten im Walde ansiedeln wollen, nicht die auf ihren eigenen Vorklagen stehenden, zur Beseitigung der dringenden Wohnungsnot erforderlichen Holzmenge kaufen können, weil sie die Holzpreise, die die Holzhändler anlegen werden, einfach nicht zu zahlen in der Lage sind. Das ganze Verfahren nennt man so schön: „Förderung des Siedlungsweins durch die berufenen Stellen.“ Wohllich ein Verfahren, wie es volksfeindlicher nicht gedacht werden kann.

Interessengemeinschaft der Siedlung Ruhleben,
Charlottenburg, Esplanadestr. 4.

Kohlenwucher.

Bis zum 15. Januar 1923 mußten die Groß-Berliner neuen Kohlenkäufer beim Händler eingetragen werden, hiernach wurde der Kohlenbedarf angemeldet bzw. angefordert, und die Kohlenstelle lieferte selbstverständlich zu den damals geltenden Preisen. Vor kurzem, als die Verbraucher die ihnen zuteilenden Kohlenmengen beziehen wollten, wurde von der Kohlenstelle der Verkaufspreis für die Verbraucher mit sofortiger Wirkung verdoppelt. Mit welchem Recht wird den Händlern hierdurch ein Sondergewinn von ca. 100 Proz. ganz ungerechtfertigt in den Schoß geworfen? Die verantwortlichen Organe sollten sich doch heute mehr denn je der Opfer, die das Volk jetzt stillschweigend trägt, bewußt sein. Solche unerhörten Zumutungen sind die größte Gefahr für den inneren Frieden. Die Bevölkerung kann nicht erwarten, daß die aufsichtführenden Organe hier ebenso schnell wie scharf eingreifen und solche sich ergeben, daß eine Volksbewegung im größten Maßstabe vorliegt, dann wäre ein Großreinemachen in den verantwortlichen Stellen mit dem bekannsten eisernen Besen das einzige durchgreifende

Die RVO. vor Gericht.

In dem Prozeß gegen den früheren Geschäftsführer der mit städtischen Mitteln unterstützten Kleiderwertungs-Gesellschaft m. b. H. Kovarra scheint sich die Beweisführung in mehrfacher Beziehung zugunsten der Angeklagten zu wenden. Mit Rücksicht darauf, daß sich jetzt schon der Sachverhalt, insbesondere bezüglich der R. vorgeworfenen betrügerischen Handlungen und Untreue, zugunsten der Angeklagten aufklärt, ist von den Rechtsanwälten Justizrat Dr. Loewenstein und Dr. Daniel auf einen großen Teil der Forderungen verzichtet worden. Zur Sprache kam übrigens, daß die Ansprüche der Stadt Berlin durch Zahlung von 300 000 M. durch den Angeklagten Kovarra ausgleichlich sind, so daß der auf das Verdrängen und die Schandjahren des R. gelegte Arrest wieder aufgehoben worden ist. Die Verhandlung wird am Montag fortgesetzt werden und wird voraussichtlich am nächsten Mittwoch zu Ende kommen.

Ein angeblicher Raubüberfall mit tödlichem Ausgang beschäftigt die Kriminalpolizei. Am Donnerstagabend um 11 Uhr kam der 20 Jahre alte österreichische Staatsangehörige Stiaßny, der bei Verwunden in Frohnau wohnt, bisüberström und ohne Mantel und Oberkleidung nach Hause und gab an, daß er auf dem Heimweg vom Bahnhof überfallen, angepöbeln und ausgeplündert worden sei. Er hatte auch eine schwere Schußverletzung an der linken Schulter und starb kurzzeitig, ohne seinen Verwunden auf wiederholte Fragen nähere Auskunft geben zu können. Käufer den Raubmissetaten steht auf die Briefstücke mit 30 000 M. Die Kriminalpolizei von Hermsdorf und Reinickendorf nahm alsbald die Ermittlungen auf. Das Verbrechen läßt sich zweifelhaft erkennen, daß ein Verbrechen vorliegt. Stiaßny machte bereits vor einiger Zeit einen Selbstmordversuch, indem er sich die Pulsadern aufschnitt. Es ist daher möglich, daß Stiaßny selbst Hand an sich gelegt hat.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zutreffend: Fleisch ausreichend, Geschäft san. Fische ziemlich ausreichend, Geschäft rego. Obst und Gemüse reichlich, Gehalts hoch.

Am Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhändlerpreise:
 Rindfleisch 800—1000 M., ohne Knochen 1000—1500 M., Schweinefleisch 1000—1500 M., Hammelfleisch 800—1000 M., Kalbfleisch 800 M., bis 800 M., Rindertalg 800—1000 M., Schellfisch 1000—1500 M., Kabeljau 1700—1900 M., Flandern 1500—1800 M., in Eis: Blei 1700 bis 2000 M., Hechte 800 M., Lachs 6000—10000 M., Hechte 8000 4100 M., Naturbutter 6000—8000 M., Margarine 8100—8800 M., Schweinefleisch 4200—5000 M., Eier 300—350 M., das Stück, Weizenmehl 600 bis 1150 M., Erbsen 1000 M., Bruchreis 850 M., Weiße Bohnen 875 M., Linsen 1200 M., Weiskohl 210—230 M., Wirsingkohl 150—180 M., Blumenkohl 1000—1700 M., der Kopf, Grünkohl 350—480 M., Kartoffeln 900—940 M., wein Pfand, Kohlköpfe 120—200 M.

Mittel. Nicht vergessen werden dürfen dabei die Groß-Berliner Gasanstalten als Kokslieferanten für die jetzt nicht benutzten Inhaber von Zentralheizungswohnungen, welche sich noch fröhlich mit Rohmaterialien zur Koksbereitung beschäftigen haben wie kleine Kohlenhändler mit Bricketts. Die Wucherer dürfen hier nicht mit zweierlei Maß messen und somit auch bei den Gasanstalten die Preisspanne zwischen dem derzeitigen Koksverkaufspreis und heutigem Koksverkaufspreis genau unter die Lupe nehmen, es ist anzunehmen, daß sich hier eine ganz ähnliche Hebertsteuerung ergibt. Warum hat übrigens Groß-Berlin gerade die Koksrationierung aufgehoben und damit die Zentralheizungsverbraucher der unbegrenzten Konkurrenz der Industrie-verbraucher ausgeliefert? Selbstverständlich wäre auch zu untersuchen, ob die Reichsbahn mit ihren Kohlenlieferanten schuldlos immer nur der Entwertung der Mark anpassen, das Skeigen derselben gegenüber dem Dollar oder der Goldmark jedoch völlig ignorieren. Also, Wucherergerichte, tut auch hier eure Pflicht. G. M.

Ein Bahnhof ohne — Bedürfnisanstalt.

Der neue Stadtbahnhof Friedrichstraße ist seit einiger Zeit im Betrieb, und im großen und ganzen wird man anerkennen müssen, daß er die Bedürfnisse des Publikums befriedigt. Er ist lang und breit, berechnet auf einen Massenverkehr und hat im Gegenlag zu dem alten Stadtbahnhof eine große und geräumige Wartehalle. Aber einen sehr großen Fehler, der entschieden beseitigt werden muß, weist er auf. Das Publikum kann hier keine — Bedürfnisse nicht befriedigen. Der neue Stadtbahnhof Friedrichstraße ist der einzige Stadtbahnhof ohne Toiletten, wie man in Berlin so schön und verfeinert sagt. Aus diesem Mangel sind bereits viele Mißheftigkeiten entstanden, und die Entrüstung des Publikums ist groß. Indessen „Voll in Rot“ greift zur Selbsthilfe, und das notleidende Publikum, das ja, nachdem es die Sperrre passiert hat, nicht wieder zurück kann, ohne seine Fahrtkarte verfallen zu lassen, begibt sich namentlich in den Abendstunden auf den hintersten und entferntesten Teil des Bahnhofs. Man denke aber nur daran, was daraus werden soll, wenn der Sommer im Lande ist und große Hitze herrscht. Aber auch für die Beamten und die vielen noch beim Bau beschäftigten Arbeiter ist nicht geklagt, was ebenfalls Entrüstung angezettelt hat. Für die Beamten befindet sich zwar besondere und verschlossene Aborte auf dem — Fernbahnhof, und es ist für sie eine ganze, lange Reise vom Stadtbahnhof nach dem stillen Teil nach unseren Informationen liegt nicht etwa ein Versehen oder eine Vergeßlichkeit der Bauleitung vor, was ja auch merklich und unerträglich genug wäre. Nein! Man hat einfach absichtlich die Errichtung dieses Häusleins unterlassen, trotzdem Platz genug dafür auf dem Bahnhof oder im Treppenturm vorhanden gewesen wäre. Es ist klar, daß diesem Uebelstand sehr bald abgeholfen werden muß, zumal bereits mehrere Beschwerden vom Publikum bei der Eisenbahnverwaltung vorliegen. Nun wird man nachträglich dieses durchaus notwendige erbauen, nur mit dem kleinen Unterschied, daß die neue Buddelei ein ganz erhebliches Geld mehr kosten wird, als wenn man gleich beim Bau diese Einrichtungen getroffen hätte. R. F.

Mit 38 Jahren zu alt — mit 19 zu jung.

Zu Ihrem Brief „Mit 38 Jahren zu alt“ in Nr. 80 vom 17. Februar 1923 möchte ich bemerken, daß ich bereits seit 8 Wochen arbeitslos bin und mich vergeblich bemühe, eine Stellung zu erhalten, daß ich überall (bei 8 Firmen) mit dem Bemerkten „Mit 19 Jahren zu jung“ abgewiesen wurde. Bei den „Deutschen Werken U. G.“ in Spandau wurde mir der Befehl, ich solle ein paar Jahre später nochmals anfragen, da nur Leute von mindestens 25 Jahren eingestellt würden. Ich möchte hier nun einmal die berechtigende Frage aufwerfen, wer mich die nächsten sechs Jahre, bis ich das vorchriftsmäßige Alter erreicht habe, durchfüttern soll. Ich hoffe auf baldige Antwort. O. G., Werkzeugdreher a. D.

Schwerer Absturz eines Fliegers.

Gestern Vormittag um 11 Uhr unternahm der Flugzeugführer von Köppen in Johannisthal einen Probeflug mit einer Koffermaschine des Deutschen Reichs. Als er in etwa 50 Meter Höhe ein sogenanntes „Looping“ auszuführen wollte, stürzte die Maschine ab und wurde vollständig zerstört. Von Köppen trug schwere Kopfverletzungen davon und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Bund religiöser Sozialisten Deutschlands. Folgende sozialistische Meetings finden am Sonntag, den 25. Februar, statt: Pankow 10 Uhr vorm. in der Heilig-Kreuz-Kirche am Bückerplatz, Pankow 10 Uhr in der Thomas-Kirche am Mariannenplatz.

Der Schiffszusammenstoß bei Cuxhaven.

Zu der gestrigen Meldung über den Zusammenstoß des japanischen Dampfers „Lisbon Maru“ mit dem englischen Dampfer „Elwid“ wird weiter berichtet, daß es gelungen ist, die „Elwid“ durch die von Cuxhaven zu Hilfe geordneten Schleppdampfer über Wasser zu halten. Der schwer havarierte Dampfer „Elwid“ wird nach Hamburg juristisch geschleppt.

Zugendveranstaltungen.

Am Sonntag, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Neuen Theater am Zoo eine Theateraufführung statt. Zur Aufführung gelangt „Johannes“, von Goethe, Einzeltickets zum Preise von 600 M. sind im Jugendreferat, Lindenstr. 3, zu haben.

Morgen, Sonntag, den 25. Februar:

Feiern: Besuch des Kaiser-Friedrich-Museums. Treffpunkt 10 Uhr Pankow, Wilmersdorf. — Kaiserliche Besuch des Museums für Vögelkunde. Treffpunkt 10 Uhr Pankow. — Kaiserliche Besuch des Museums für Vögelkunde. Treffpunkt 10 Uhr Pankow. — Kaiserliche Besuch des Museums für Vögelkunde. Treffpunkt 10 Uhr Pankow. — Kaiserliche Besuch des Museums für Vögelkunde. Treffpunkt 10 Uhr Pankow. — Kaiserliche Besuch des Museums für Vögelkunde. Treffpunkt 10 Uhr Pankow.

Briefkasten der Redaktion.

Bitte die Anfragen nicht zu veröffentlichen. Jeder hat den Briefkasten bestimmten Anfragen für einen bestimmten Zweck und eine Nummer beizugeben. Anfragen tragen man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links vor. Schriftsätze und Berichte sind nicht zu veröffentlichen.

1. Hof part. links vor. Schriftsätze und Berichte sind nicht zu veröffentlichen.

1. Hof part. links vor. Schriftsätze und Berichte sind nicht zu veröffentlichen.

Der weltberühmte RUCCAFRIKOR wieder erhältlich

Vertretung und Lager für Groß-Berlin: **M. Schlewinsky, Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Str. 48.** Telefon: Amt Pankow 9912, 9913
 Alleinverkauf für Hotels, Kaffees usw. für Groß-Berlin: **Maz Gruban & P. C. Sauchay, Berlin NO. 19, Fernsprecher: Amt Alexander 4354, Amt Königstadt 2258.**
Paul Eggbrecht, Berlin N. 24, Friedrichstr. 109. Fernsprecher: Amt Norden 6600 u. 6931.

Das Ruhrnotgesetz.

Am Reichstag hielt gestern in der vorgesehnen Beratung des Beheraters

Abg. Fröhlich (Komm.) die Behauptungen der „Noten Fälscher“ über die Verbindungen zwischen Reichswehr und Orgesch-Verbanden aufreht und fragte, warum General v. Seede, der die Verträge mit den verbotenen Organisationen abgeschlossen habe, „nicht zum Tempel herausgeworfen“ werde. Er schreibe nicht die Gesetze, sondern trete sie mit Füßen und verwandle die Republik in eine Kraststätte monarchistischer Hochverrats. — Darauf wird auf Verlangen des Präsidenten Lohde die Beratung unterbrochen und in die

zweite Lesung des Notgesetzes

eingetreten. Für den Rechtsauschuss berichtet

Abg. Bell (Ztr.): Die vorgesehnen Bestimmungen sind verhärtet worden. Artikel 6 hat wegen der allgemeinen Ermächtigung für die Regierung lebhafteste Bedenken hervorgerufen. Unter Zustimmung der Reichsregierung wurde er dahin abgeändert, daß die Regierung ermächtigt wird, Vorschriften, die vom geltenden Recht abweichen, zu erlassen: 1. zur Abwehr fremder Einwirkung auf die deutsche Gerichtsbarkeit; 2. auf dem Gebiete der Haupt- und Steuer-gesetzgebung zur Abwehr fremder Einwirkung auf die deutschen Finanzen oder zur Ausübung der Folgen einer solchen Einwirkung, jedoch ohne Änderung von Steuerätzen; 3. zum Schutz der Währung gegen fremde Einwirkung und ihre Folgen, Bestimmungen über den Verkehr mit Zahlungsmitteln und Waren; 4. Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner, Erwerbsbeschränkte, Arbeitslose und andere notleidenden Personen, Anhalten und Einrichtungen; ferner Bestimmung des Zeitpunktes der Wahl zu lokalen Werten und zu Betriebsvertretungen, soweit dies zur Ausschließung fremder Einwirkungen oder zum Ausgleich ihrer Folgen erforderlich ist. Allgemeine Bestimmungen auf Grund dieser Ermächtigungen bedürfen der Zustimmung des Reichsrats. Die Dauer der Ermächtigungsbestimmungen wurde bis zum 1. Juni 1923 befristet. Die auf Grund der Ermächtigung zu erlassenden neuen Wucher-vorschriften bleiben auch nach Ablauf der Ermächtigung in Geltung.

Abg. Krähig (Soz.):

Das Gesetz ist kein Gesetz gegen die Not, namentlich nicht gegen die Finanznot. Die Steuer-gesetzgebung müßte derart abgeändert werden, daß die Sachwerte, z. B. der Grund und Boden, nach dem Mäße des kleinen Inhalts erfährt werden. Dort stehen sich die Domainenpächter trotz der hohen Pacht sehr gut. Auch die Wirtschaftsnote wird von dem Gesetz nicht berührt. Die Regierung muß für Arbeit sorgen, die wichtiger ist als das Hamstern von Papiergeldern. Weiter muß die Ernährungsnot bekämpft werden. Ein Kartoffelbrat wird bald 1800 M. kosten und ein Pfund Kartoffeln kostet bereits über 80 M. und

das alles, obwohl der Dollar nicht mehr steigt.

Die Spitzenorganisationen der Landwirtschaft tun nichts gegen den Kartoffelwucher. Das Pfund Zucker soll im nächsten Monat 900 M. kosten. (Hört! hört! links.) Wer unserem Volk den heroischen Kampf um die Existenz des Vaterlandes zumutet, der muß auch für ausreichende Volksernährung sorgen. (Sehr richtig! links.) Soll es mit den himmelstreichenden Zuständen in der Rind-derpflege so weiter gehen, wie das neulich hier der Präsident des Gesundheitsamtes geschildert hat? Es muß hier unbedingt und fest durchgegriffen werden! Bei der Beratung des Etats des Ernährungs- und Landwirtschaftsministeriums werden wir Gelegenheit haben, die Wirtschaft einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Es ist uns mitgeteilt worden, daß dieses Ministerium den

Alliierterkauf in dasjenige Ausland genehmigt

hat, das wir in der jetzigen Situation als feindlich bezeichnen müssen. (Hört! hört! links.) Während die Viehverschleppungen nach Polen kein Ende nehmen, hat man aus veterinärpolizeilichen Gründen den Austausch von Zuchtvieh gegen Schlachtwiech aus Holland verhindert. Der deutsche Fleischkonsum ist um die Hälfte gesunken und wird weiter sinken, wenn dem Fleischwucher der Viehhändler nicht mit einer strengen Reichskontrolle begegnet wird. (Sehr richtig! links.) Betrugsartige Auktionen dürfen nicht mehr gebildet werden! Wir werden überhaupt ein

Verbot der Auktionen für lebenswichtige Gegenstände

beantragen. Es ist ein Skandal, daß hochtragende Tiere zum Schlachten verkauft werden, weil sie hohes Lebensgewicht haben. Der Auktionsfall der Viehwücherer, insbesondere auf dem Berliner Viehhof, muß sofort und gründlich ausgemittelt werden! (Lebhaft! Sehr richtig!) Notwendig ist eine Bestimmung, wonach die Konservenfabriken nur ausländisches Fleisch verarbeiten dürfen. Durch die Bestimmungen des Notgesetzes über den Alkoholisch-brauch werden sich die Schlemmer nicht abhalten lassen. Wert-würdigerweise wird

gar nichts gegen den größten Spitzhuben

den Devisenspekulationen, getan. Von autoritativer Stelle ist versichert worden, daß viele Banken nur vom Devisenhandel leben. (Lebhaft! Hört! hört!) Das Volk hat es nicht verstanden, daß die Regierung der Dollarspekulation talentos zugesehen hat. (Lebhaft! Zustimmung.) Die Stützungsaktion der Reichsbank hat nur die kleinen Spekulanten getroffen, die großen sind die lachenden Erben. Der Dollar steigt jetzt an, sich wieder zu erholen, und die Preise steigen weiter. Mit gutem Zureden, wie es der Minister Seater und auch der Reichskanzler getan haben, ist nichts getan. (Sehr gut! links.) Das erste Mittel zur Behebung der Notlage müßte für die Regierung die Organisierung einer vernünftigen Währungs-politik sein. Wir werden zwar der Vorlage zustimmen, aber wir wollen damit dem Volke nicht sagen, daß durch sie seine Not befristet wird. (Lebhaft! Beifall bei den Soz.)

Abg. Brühl (Dnat.) begründet einen antisemitischen Antrag und spielt sich dabei als Bekämpfer gegen die Spielhölle und gegen die Schlemmertafel auf. Sozialdemokraten legen sofort die „Wahrheit“, das Blut Brühns auf den Tisch des Hauses, das in seinem Angehänge so gut wie nichts anderes als Schlemmer-lotale, Spielhöllen und leichte Theater anpreist. Gegen den Antrag Brühns, der abgeschwächt auch von den Demokraten und von der Volkspartei eingebracht wurde und verspricht, daß bei der Unterbringung der Ausgewiesenen vor allem auf die Wohnungen von Ausländern zurückgegriffen werden soll, wandte sich

Abg. Solmann (Soz.): Er erklärt die Anträge insofern als überflüssig, als nach der bestehenden Wohnungsmangelgesetzgebung in jede übergroße Wohnung, also auch in die von Ausländern bewohnten, Zwangseinnahme gelegt werden kann. Wer den Ausgewiesenen Ausnahme verweigert, verurteilt sich am

Land, ob er nun Ost- oder Westjude, ob er Krier sei oder welcher Klasse oder Religion er sonst angehören möge. Die Annahme solcher Anträge würde zu einer Ausländerhege führen, die uns in der Welt nur schaden kann. Der Antrag wird abgelehnt, jedoch eine Entschließung Stresemann gegen die Stimmen der Linken angenommen, die verlangt, daß in erster Linie die Wohn- und Geschäftsräume von Ausländern für die Unterbringung Ausgewiesener in Anspruch genommen werden sollen. — Zum Art. 6 verlangt

Abg. Hoch (Soz.) noch eine besondere Regierungserklärung, daß die Ermächtigung nicht zu einer Verschlechterung der sozialen Fürsorge führen dürfe. Diese Erklärung wird von der Reichsregierung ganz einseitig abgelehnt, so daß die Sozialdemokratie auch für den Artikel 6 stimmen konnte. Eine sich auf die Steuer-gesetzgebung beziehende Entschließung der Kommunisten wurde auf Vorschlag der Sozialdemokraten dem Steueraus-schuss überwiesen. Wegen des Gesetzes stimmten nur die Kommunisten, die aber auch für einzelne Paragraphen des Gesetzes gestimmt hatten.

Nächste Sitzung: Dienstag mittag 2 Uhr.

Kommunistenblamage.

Der Landtag setzte am Freitag die zweite Beratung des Justizhaushalts beim Kapitel Strafvollzugsverwaltung fort. — Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) betonte, daß die Gefangenenbehandlung noch an vielen Stellen gebessert werden müsse. Bei der bedingten Begnadigung sei äußerste Vorsicht geboten. — Die Regierung ließ erklären, schon heute koste die nach dem Entschieden des Landesgesundheitsrats geregelte Gefangenenverpflegung 1000 M. pro Tag und Mann. Die Bibliotheksfonds seien erhöht. Für Erhöhung der Entschädigung bei Unglücksfällen sei der Justizminister beim Reich eingetreten. — Der deutsch-nationale Antrag auf Aufhebung des Staatsgerichtshofes wird in harnischer Abstimmung mit 90 gegen 150 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt, ebenso der demokratische Antrag auf Umgestaltung des Oberrechts. Nach Erledigung kleiner Vorlagen und Ueberreichung der großen Anfrage unserer Genossen über die zu enteignenden Güter an den Stützungs-ausschuss folgt nun der

Bericht des Untersuchungsausschusses über den kommunistischen Zustand in Mitteldeutschland im März 1921.

Der Berichterstatter verzichtet aufs Wort, da der Bericht schriftlich vorliegt. Ein kommunistischer Antrag auf Verantwortungnahme von Seevering, Hörsing usw. als Urheber der Ränge wird, in Abwesenheit der Kommunisten, von denen nur Abg. Frau Wolflein im Saal II. abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag der Regierungsparteien, der das Staatsministerium ersucht, die Vorschriften für den Verkehr mit Sprengstoffen auf ihre Wirksamkeit zu prüfen, den kommunistischen Ueberebern der Ränge, die die schärfste Mißbilligung auszusprechen und sie für den Schaden verantwortlich zu machen.

Vizepräsident Garmisch eröffnet nunmehr die Aussprache über den Hauspost der Landwirtschaftsverwaltung. Da meldet sich plötzlich Frau Abg. Wolflein (Komm.) zur Geschäfts-ordnung und erklärt unter kläglichem Heulertel des Hauses, es sei der Wahrheit durch einen doppelten Trick gelungen, die Aussprache über den Hauspostbericht zu verhindern.

Abg. Heilmann (Soz.) erwidert: Dieser böse Trick liegt lediglich in der raschen Erledigung der Stützungsfragen. Diese Erledigung beruht auf einer bereits gestern getroffenen Verabredung aller Parteien, einschließlich der Kommunisten. Ein mündlicher Bericht fällt regelmäßig weg, wenn ein schriftlicher von etwa 500 Seiten vorliegt. Ich halte von meiner Fraktion den Antrag, dem Abg. Kiliann (Komm.) zu antworten, und es wird heute eine meiner traurigsten Erinnerungen sein, daß ich um eine ausgezeichnete Gelegenheit gekommen bin, der Wahrheit einen Dienst zu erweisen. (Lärm h. d. Komm.)

Abg. Kiliann (Komm.) erklärt, er habe ein Versehen begangen, wodurch die Kommunisten nicht im Saal gewesen seien. Abg. Heilmann habe versprochen, sich für eine gründliche Besprechung des Berichtes einzusetzen.

Abg. Heilmann (Soz.): Ich habe meiner Zusage gemäß gehandelt und erreichte, daß der Bericht mitten in die Clausurberatung einbezogen wurde und jede Beschränkung der Redefreiheit wegfiel. Wenn es trotzdem nicht zur Besprechung kommt, so haben sich das die Kommunisten selbst zuzuschreiben.

Abg. Scholem (Komm.) beantragt, den Bericht aus neue auf die Tagesordnung zu setzen. Das Haus schließt aber die Geschäfts-ordnungsbedeutung; über den nach der Geschäftsordnung unmög-lichen Antrag Scholem läßt der Vizepräsident nicht abstimmen. Darauf beginnt die allgemeine Besprechung der

Landwirtschaftsverwaltung.

Abg. Wirth (Soz.) weist darauf hin, daß der Abbau der Zwangswirtschaft den Lebensmittelmarkt den Wuchern und Schiebern überliefert hat und fordert, daß endlich der Kampf gegen den Wucher verwickelt wird und Produktion wie Konsumtion der Lebensmittel gemeinsam wirtschaftlich geordnet werden. Dazu ist ein Umbau des Reichsernährungsministeriums nötig. Die verständnisvollere Haltung des preussischen Landwirtschaftsministeriums in der Versorgung der Bevölkerung mit Brot und anderen Nahrungsmitteln erkennt er rühmend an und schließt mit einem Hinweis auf den Abwehrkampf im Ruhrgebiet, der durch vernünftige Ernährungs-politik wirksam unterstützt werden müsse. Sonnabend 11 Uhr: Weiterberatung.

Wirtschaft

Zur Rohstoffversorgung in der Textilindustrie.

In ihrem Jahresbericht macht die Bremer Handelskammer ausführliche Mitteilungen über den Handel mit Textilrohstoffen, für den Bremen der wichtigste deutsche Markt ist, und über die Lage der deutschen Textilindustrie im Jahre 1922. Wir entnehmen ihm folgende Ausführungen:

Bremens Baumwollhandel hat sich im verfloßenen Jahre weiter nicht ungünstig entwickelt. Die Tatsache, daß der Bedarf an Geweben aller Art anhaltend sehr groß war, läßt immer klarer erkennen, wie nicht nur unser Volk, sondern fast die ganze Welt noch entblößt ist von Stoffen für des Lebens Notdurft, und daß auf diesem Gebiete die Nachwehen des Krieges bei weitem noch nicht überwunden sind. Die Beschäftigung der deutschen Baum-

woollindustrie war im allgemeinen befriedigend, wenn schon seit einigen Monaten und besonders in letzter Zeit in vielen Distrikten zu Betriebseinschränkungen geschritten werden mußte, wodurch das Geschäft jüngsthin starke Einbuße erlitt. Man wird damit rechnen müssen, daß diese Erscheinung zunächst weitere Fortschritte machen wird; denn die Industrie ist jetzt, wo 100 Ballen Baumwolle mit über 100 Millionen Mark bezahlt werden müssen, außerstande, ihren Bedarf zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe einzukaufen. In dieser Lage beansprucht die Industrie schon seit Monaten vom Bremer Baumwollhandel weitgehende Kredite und verlangt, daß die Baumwollhändler nicht nur ihre Lieferanten, sondern auch ihre Bankiers sind, eine Erscheinung, die angesichts der Gesamtsituation Deutschlands erklärlich und auch begründet ist, die aber den Handel vor Aufgeben stellt, die ihm eigentlich nicht zugemutet werden sollten. Nach dieser Richtung hin hat zweifellos die amerikanische Konkurrenz durch ihre Zweigniederlassungen in Deutschland die Lage des einheimischen Baumwollhandels entschieden ungünstig beeinflusst. Der Bremer Baumwollhandel hofft aber dieser Aufgabe auch in Zukunft gerecht zu werden. Die amerikanische Baumwollproduktion ist in der Hauptsache wegen der Verheerungen der Käpelfrüher, die nunmehr fast im ganzen Baumwollgebiet des Südens verbreitet sind, stark zurückgegangen. Das Monopöl der Vereinigten Staaten als Hauptbaumwollland, auf dessen Vorrat man seit Menschengedenken sich gefaßt hat; andere Produktionsländer, darunter hauptsächlich Staaten Südamerikas, treten mehr und mehr in den Vordergrund, und Bremen wird gut tun, dieser Entwicklung seine volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der britische Vorrat an Baumwolle belief sich Mitte Dezember auf 106 782 Ballen gegen 316 000 Ballen am 31. Dezember 1921. Die Versorgung bis zum Beginn der Zufuhr aus der neuen Ernte ist daher knapp.

Für den Wollhandel ist das abgelaufene Jahr im ganzen zufriedenstellend verlaufen. Die Preise verfolgten eine langsam aber stets steigende Tendenz und stehen heute auf dem Weltmarkt annähernd doppelt so hoch wie in Friedenszeiten. Schon jetzt machen sich aber Anzeichen bemerkbar, daß die Mode mehr auf Kräfte übergeht, die aus groben Wollen angefertigt werden, da diese im Verhältnis weit billiger sind als feine Merinowolle. Der Handel mit ausländischen Wollen spielte sich 1922 völlig in ausländischer Währung ab. Größere Auktionen von Rohwolle konnten auch in diesem Jahre noch nicht wieder abgehalten werden. Die letzte Schur ist restlos in den Konsum übergegangen, und die Bestände an Rohwollen der englischen Regierung aus der Kriegszeit haben sich sehr erheblich vermindert. In der Walle verarbeitenden Industrie war die Wollkammer im Berichtsjahre stark mit Rohnaufträgen für das Inland und das Ausland beschäftigt. Sie dürfte auf ein befriedigendes Ergebnis zurückblicken können. In der letzten Zeit mehren sich jedoch die Anzeichen, die auf die Möglichkeit eines Nachlassens des Beschäftigungsgrades hindeuten. Die Spinnerei und die weiterverarbeitende Industrie halten, wenn auch das Jahr im großen und ganzen zufriedenstellend gemein sein dürfte, in der zweiten Hälfte und ganz besonders gegen Schluß des Jahres mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Durch die steigenden Weltmarktpreise, verbunden mit der rapiden Valuta-verschlechterung, ist eine Preisstufe erreicht, an die sich zu gewöhnen dem einheimischen Verbrauch nicht leicht fallen wird. Es ist somit eine vollauf erhebliche Betriebseinschränkung im nächsten Jahre zu befürchten.

Die deutsche Guteindustrie arbeitete im Jahre 1922 mit ca. 1/2 der Friedensproduktion. Der Beschäftigungsgrad war im allgemeinen gut. Die jetzige, durch die Werksunterwerfung hervorgerufene Preissteigerung und die hierdurch bedingte erschwerte Finanzierung der Geschäfte beschränken den Konsum.

Gegen die Holzspekulation. Die langfristige Stundung der Holzauflage bei den staatlichen Forsten hat die Spekulation mit diesem wichtigen Rohstoff außerordentlich begünstigt. Jetzt endlich hat man sich dazu entschlossen, die Verkaufsbedingungen zu verschärfen. Bereits mit Wirkung vom 20. Februar d. J. ab ist folgende einschneidende Änderung in den Holzverkaufbedingungen der Preussischen Staatsforstverwaltung eingetreten. Im allgemeinen ist das Holzkaufgeld bis zum 20. Tage nach dem Verkauf zu zahlen. Wird bei genügender Sicherheitsunterlegung Einzahlung gewährt, so läuft die Stundungsfrist nur noch 8 Monate. Es darf auch nicht mehr das ganze Kaufgeld gefundelt werden, sondern nur noch zwei Drittel. Ein Drittel ist unter allen Umständen am Fälligkeitstage zu zahlen. Für das gestundete Restkaufgeld sind monatlich 2 Proz. Zinsen zu zahlen.

Abfälle im Stinneskonzern. Wachsende Gewinnziffern, die bei der Geldentwertung nicht verwunderlich sind, große Rückstellungen — soweit sie überhaupt ausgewiesen werden — kennzeichnen auch in diesem Jahre die bisher bekanntgewordenen Abfälle des Stinneskonzerns. In einem Punkte aber haben sie sich gegen früher verändert, nämlich in den Dividendenvorschlägen. Deutsch-Luxemburg, Gelsenkirchen, Siemens-Halske und Siemens-Schuckert erhöhen ihre Dividenden von 20 auf 80 Proz., Bochumer Gußstahl von 27 auf 87 Proz. Ein Dividendenschub von 100 Proz. und mehr ist in der letzten Zeit bei den meisten Unternehmungen Eitel geworden. Insofern stellen die Höhe keine Ausnahme dar. Höchstens könnte der Stinneskonzern nach als Entschädigung für sich geltend machen, daß er das sonst übliche System der indirekten Gewinnausschüttungen, die Kapitalverwässerungen und die Verschleuderung wertvoller Bezugsrechte nicht mitgemacht hat. Immerhin bedeutet die hohe Papiermarkdividende eine Umkehr der bisher von dem Konzern verfolgten Ausschüttungspolitik. Man will offenbar den Wunsch mancher Aktionäre nach einer Geldverzinsung des in Gold eingezahlten Kapitals etwas entgegenkommen. Bisher hatte man sich darum nicht gekümmert, und das mit Recht, weil so die Betriebsmittel gesichert wurden. Es ist immerhin bemerkenswert, daß jetzt auch Unternehmungen, die sonst auf dem Standpunkt parsimonier Dividendendividenden standen, jetzt zu hohen Ausschüttungen übergehen. Darin und in der Tatsache, daß man jetzt auch schon vereinzelt „Golddividenden“ in geringen Prozentsätzen verteilt, kommt zum Ausdruck, daß man jetzt sich ganz offen von der Papiermarkt bei der Dividendendividende abhebt, was man bisher nur in verdeckter Form tat.

Devisenkurse. Infolge des geringen Kursstufes sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 1 spanische Mark 608,47 Geld, 611,83 Brief; 1 japanischer Yen 10 872,75 Geld, 10 927,25 Brief; 1 brasilianischer Milreis 2518,67 Geld, 2581,83 Brief; 100 Dherr. Kronen abreit. 81,92 Geld, 82,08 Brief; 1 tschechische Krone 688,82 Geld, 671,68 Brief; 1 ungarische Krone 7,83 Geld, 7,87 Brief; 1 bulgarische Lewa 180,67 Geld, 181,08 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 216,45 Geld, 217,55 Brief; 1 polnische Mark kostete im freien Verkehr etwa 47 Pf.

Weiter die Sonntag mittag. Obwohl milde, meist bewölkt, mit leichten Niederschlägen bei mäßigen südlichen bis südwestlichen Winden.

Qualitätsraucher bevorzugen stets
BATSCHAR ABC CIGARETTEN
100 PHOMNY

